

43. Sitzung

am Dienstag, dem 20. März 2007

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1826
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung	1826

Fragestunde

- 1. Bremer Bäder zu teuer für arme Kinder**
Anfrage der Abgeordneten Schmidtman, Crueger, Frau Linnert
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Februar 2007 1826
- 2. Öffentliche Gebäude mit Hilfe von KfW-Krediten energetisch sanieren**
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Stahmann, Frau Linnert
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Februar 2007 1828
- 3. Kriminalitätsentwicklung in Huchting und Kattenturm**
Anfrage der Abgeordneten Kleen, Dr. Sieling und Fraktion der SPD
vom 3. März 2007 1829
- 4. Hausmeisterwohnung im Förderzentrum an der Kerschensteiner Straße**
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Wargalla, Frau Linnert
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. März 2007 1830
- 5. Fehlende Unterstützung des Senats bei Umsetzung des neuen Konzepts
für die Grundschule Fährer Flur**
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Schmidtman, Frau Linnert
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. März 2007 1832
- 6. Gütesiegel für Bremer Kindergärten**
Anfrage der Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. März 2007 1835

8. Barrierefreien Zugang zu Beiratssitzungen gewährleisten Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. März 2007	1837
9. EU-Aids-Kongress in Bremen Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. März 2007	1838
Aktuelle Stunde	1839
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 59 vom 27. Februar 2007 (Drucksache 16/667 S)	1839
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 60 vom 13. März 2007 (Drucksache 16/673 S)	1839
Mehr gemeinsames Lernen an der Sekundarschule ermöglichen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Februar 2007 (Drucksache 16/668 S)	
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	1840
Abg. Rohmeyer (CDU)	1842
Abg. Frau Hövelmann (SPD)	1843
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	1845
Senator Lemke	1847
Abg. Rohmeyer (CDU)	1848
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	1849
Abstimmung	1850
Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 5. Änderung (ehemals 88. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen 1983) - Osterholz (Osterholzer Feldmark) - Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2007 (Drucksache 16/669 S)	
Abg. Dillmann (Bündnis 90/Die Grünen)	1850
Abg. Focke (CDU)	1851
Abg. Frau Kummer (SPD)	1852
Abg. Dillmann (Bündnis 90/Die Grünen)	1853
Abg. Focke (CDU)	1854
Senator Neumeyer	1854
Abstimmung	1856

Blockland-Deponie als Standort für Erneuerbare Energien nutzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 20. Juni 2006

(Drucksache 16/566 S)

Blockland-Deponie als Standort für Erneuerbare Energien nutzen

Mitteilung des Senats vom 6. März 2007

(Drucksache 16/672 S)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	1856
Abg. Imhoff (CDU)	1857
Abg. Frau Garling (SPD)	1857
Senator Neumeyer	1858
Abstimmung	1858

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 13. März 2007

(Drucksache 16/674 S)	1859
-----------------------------	------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Ehmke, Frau Krusche, Liess, Frau Möbius, Perschau, Dr. Schrörs, Dr. Sieling, Frau Dr. Spieß.

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 16.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 43. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Sanierung, Um-, Aus- und Neubauten von Schulgebäuden
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2006
Dazu
Antwort des Senats vom 20. Februar 2007 (Drucksache 16/665 S)
2. Wie barrierefrei sind die Bremer Sozialzentren?
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Januar 2007
Dazu
Antwort des Senats vom 20. Februar 2007 (Drucksache 16/666 S)
3. Rechte und Rechtsschutz von Beiratsmitgliedern
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 23. Januar 2007
Dazu
Antwort des Senats vom 27. Februar 2007 (Drucksache 16/671 S)
4. Übertragung der Medizinischen Ambulanz des Gesundheitsamts in freie Trägerschaft und Zentralisierung der Versorgung
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Februar 2007
Dazu
Antwort des Senats vom 6. März 2007 (Drucksache 16/670 S)

II. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben des Ortsamts Osterholz mit einem Beschluss des Beirats, der an vier Wochenenden im Jahr einen verkaufsoffenen Sonntag fordert.
2. Schreiben des Ortsamts Mitte/Östliche Vorstadt mit einem Beschluss des Beirats, der eine Stärkung der Beiratsrechte fordert.

Diese Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Verbindung des Tagesordnungspunkts 3 mit außerhalb der Tagesordnung, hierbei handelt es sich um die Petitionsberichte, und der Tagesord-

nungspunkte 6 und 7, Blockland-Deponie als Standort für Erneuerbare Energien nutzen.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage Nummer 7 wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Bremer Bäder zu teuer für arme Kinder!**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Schmidtman, Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen):
Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die momentane Situation in Bremer Bädern, dass es zwar eine soziale Staffelung der Eintrittspreise für Erwachsene, aber nicht für Kinder gibt?

Zweitens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, Einfluss auf diese Staffelung zu nehmen, sodass auch Kindern, die Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII haben, trotz ihrer schwierigen finanziellen Situation ein Schwimmbadbesuch, zum Beispiel durch eine ermäßigte Einzelkarte oder eine entsprechende Familienkarte, ermöglicht wird?

Drittens: Sieht der Senat Möglichkeiten für die Einführung generell niedrigerer Eintrittspreise für Kinder und Jugendliche, zum Beispiel nach Düsseldorf Vorbild, die nämlich für Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr kein und für Kinder und Jugendliche vom sechsten bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr 1,80 Euro Eintrittsgeld verlangen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die soziale Komponente im neuen Preissystem der Bremer Bäder zielt insbesondere auf Familien mit Kindern beziehungsweise Alleinerziehende mit Kindern ab. Diese Familienpreise, die auch im überregionalen Vergleich als ausgesprochen moderat eingestuft werden können, kommen insbesondere den wirtschaftlich schwächeren Familien zugute, die damit gemeinsam mit ihren Kindern eine aktive und sinnvolle Freizeitgestaltung zu einem angemessenen Preis genießen können.

Die Preisanpassung in den kleinen Stadtteilbädern sowie in den großen Erlebnisbädern erfolgte für Kinder unterproportional im Vergleich zur Preisanpassung für Erwachsene. Parallel dazu sind sowohl für Kinder als auch für Erwachsene die Tageskarten in den großen Erlebnisbädern reduziert worden. Ferner wurden die Freibadpreise nicht erhöht. Gerade Kinder sind eine der Hauptbesuchergruppen von Freibädern. Durch die Beibehaltung der Freibadpreise wird deutlich, dass das neue Preissystem besonders Kindern und Jugendlichen entgegenkommt.

Zu Frage 2: Die zurzeit gültigen Eintrittspreise beinhalten eine soziale Staffelung, die unter anderem für Kinder- und Jugendliche bis zum sechzehnten Lebensjahr grundsätzlich geringere Eintrittspreise vorsehen. Jugendlichen über 16 Jahre, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, werden gegen Vorlage eines entsprechenden Nachweises ermäßigte Einzel- und Tageskarten angeboten. Die Familienkarten in den kleinen Stadtteilbädern wurden ab dem 1. März 2007 nicht erhöht und in den großen Erlebnisbädern lediglich geringfügig um 10 Cent, ein Erwachsener/2 Kinder, beziehungsweise um 20 Cent, 2 Erwachsene/2 Kinder.

Zu Frage 3: Bei der Entwicklung des neuen Preissystems wurde von der Bädergesellschaft vorab geprüft, ob ein niedrigeres Eintrittsgeld beziehungsweise ein Eintrittsgeld von 1,80 Euro für Kinder und Jugendliche oder eine Eintrittspreiskategorie für Kinder bis zu 3 oder 4 Jahren vertretbar ist. Die Berechnungen haben ergeben, dass dies zu nennenswerten Erlösminderungen führen würde, die wirtschaftlich nicht vertretbar sind. Bremen als Haushaltsnotlageland ist nicht in der Lage, durch eine Zuschusserhöhung diesen Erlösausfall zu kompensieren.

Das neue Preissystem ist nicht nach dem Rassenmählerprinzip gestaltet worden. Aus Sicht des Senats ist es vielmehr gelungen, ein System zu schaffen, das sozial ausgewogen ist und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis bietet. Die Attraktivität und damit die Angebotsqualität der Bremer Bäder wurden in den vergangenen Jahren durch Umsetzung des Bäderkonzeptes erheblich gesteigert. Bei der Entwicklung des neuen Preissystems sind aber auch die Eintrittspreise der Bäder in unmittelbarer Nachbarschaft oder in vergleichbaren Großstädten im Rahmen eines Benchmarkings verglichen sowie die Preissteigerungen auf dem Energiemarkt, die Haushaltssituation des Landes Bremen und die damit verbundenen Unterstützungsmöglichkeiten berücksichtigt worden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Schmidtman!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Zu Frage 1, Herr Bürgermeister Röwekamp! Es gibt, und das ist einfach Fakt, keine soziale Staffelung bei der Kindereintrittsermäßigung. Für Erwachsene gibt es das sehr wohl, das haben Sie auch ausgeführt, aber für Kinder nicht. Denkt der Senat darüber nach, das praktisch nachzuholen? Sie haben jetzt auch die soziale Offensive angekündigt, und Kinder liegen Ihnen jetzt auch ganz besonders am Herzen, der SPD auch, aber das ist jetzt einmal ein ganz konkreter Punkt. Kann man das hier nicht einführen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Ich hoffe, die Kinder liegen Ihnen auch am Herzen, Herr Kollege Schmidtman!

(Abg. Schmidtman [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, deswegen haben wir ja die Frage gestellt!)

Ich kann dazu sagen, dass wir in dem Preistableau bereits eine soziale Begünstigung von Kindern haben, indem die Einzelkarten für Kinder beispielsweise auch nach der Preiserhöhung lediglich 2,30 Euro in den Stadtteilbädern und 2,50 Euro in den Erlebnisbädern betragen. Insbesondere bei den Familienkarten haben wir hier Preise, die nur einen ganz geringen Deckungsbeitrag für unsere Bäderinfrastruktur liefern, sodass wir eine sehr ausführliche soziale Staffelung vorgenommen haben. Das Preissystem sieht seit dem 1. März 2007 so aus und enthält, glaube ich, eine sehr starke Binnendifferenzierung je nach Leistungsfähigkeit der Betroffenen. Das halte ich insgesamt für ausreichend differenziert. Kostendeckend werden Bäder dadurch nicht, aber die Preise, die wir dafür erheben, halte ich auch in

Anbetracht der Umlandgemeinden immer noch für ausgewogen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Röwekamp, ich habe das Gefühl, wir reden jetzt ein bisschen aneinander vorbei! Ich möchte Sie noch einmal ganz konkret fragen: Wird darüber nachgedacht, Kindern von Empfängern von SGB II und SGB XII, Arbeitslosengeld, einen günstigeren Eintrittspreis zu gewähren, genauso wie er für Erwachsene gilt, den Eintrittspreis also um 20 Prozent gegenüber der normalen Kinder Eintrittskarte zu senken?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Ich wiederhole noch einmal, Kinder sind in dem Preissystem bereits vor der Erhöhung erheblich begünstigt und werden es auch nach der Erhöhung sein. Eine weitere Begünstigung nach Einkommen, die dann gegebenenfalls durch Bescheinigung der Eltern nachgewiesen werden würde, wird es nicht geben.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Herr Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, es wurde hier diskutiert, ob es in Zukunft ein einheitliches Kinder- und Jugendressort geben sollte, um die Schwierigkeiten, die Sozialressort und Bildungsressort miteinander haben, besser in den Griff zu bekommen. Unabhängig davon, was ich persönlich darüber denke, aber, Herr Senator, stimmen Sie mir zu, dass alle Senatsressorts, so auch beispielsweise der Senator für Sport und der Senator für Kultur, einen Teil der Aufgabe zu schultern haben, Bremen für Kinder und Jugendliche freundlicher zu machen? Stimmen Sie mir weiterhin zu, dass in diesem Sinne auch eine solche Anfrage, wie Sie der Kollege Schmidtman hier gestellt hat, vom Ressort aufgegriffen werden sollte und man zumindest über das, was Sie jetzt hier als Position des Senats dargestellt haben, noch einmal nachdenken müsste, ob es da nicht noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt im Sinne eines kinderfreundlichen Bremens, an dem eben nicht nur die Sozialsenatorin und der Bildungssektor ihren Anteil haben?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Die Struktur der Senatsressorts hat keine Auswirkungen auf die Preisgestaltung der Bremer Bäder GmbH. Ich

wiederhole noch einmal, die Preisgestaltung beinhaltet sowohl vor der Erhöhung, aber insbesondere auch durch die nur maßvolle Erhöhung bei den Kindereintrittspreisen bereits eine deutliche Bevorzugung von Kindern und Familien mit Kindern und Alleinerziehenden mit Kindern. Das ist auch im Vergleich zu Bremerhaven zum Beispiel, aber auch zu den Umlandgemeinden ein äußerst attraktives Angebot an die Kinder, die in Bremen leben. Deswegen, glaube ich, ist das sozial mehr als vertretbar, was wir hier verabredet haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte Abschlussbemerkung! Herr Senator, ich nehme das so zur Kenntnis, dass es aus Sicht des Senators für Sport bei den Bremer Bädern keinen Bedarf mehr gibt, die Eintrittspreise kinderfreundlicher zu gestalten, sondern die Bremer Bäder mit ihrer Preisstruktur kinderfreundlich sind. So habe ich Ihre Antwort verstanden. - Danke schön!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Öffentliche Gebäude mit Hilfe von KfW-Krediten energetisch sanieren**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wird der Senat - wie bereits im März 2006 zugesagt - die neuen zinsgünstigen KfW-Kommunalkredite für Schulen, Turnhallen, Kindertagesstätten und Vereinsgebäude nutzen?

Zweitens: Welche Gebäude sollen mithilfe der zinsgünstigen Bundeskredite saniert werden?

Drittens: Welche CO₂-Einsparungen können damit erreicht werden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat wird in Kürze zinsgünstige KfW-Kredite aus dem erstmals in 2007 verfügbarem Kontingent von Kommunalkrediten für energetische Gebäudesanierungen beantragen.

Zu Frage 2: Bei den folgenden Schulgebäuden sind energetische Sanierungsmaßnahmen geplant, die mithilfe der zinsgünstigen Bundeskredite vollständig finanziert werden sollen: An der Gete, Am Oslebshäuser Park, Lüssumer Ring, Robinsbalje, In den Sandwehen, Koblenzer Straße. Bei weiteren Schulen und Kindertagesheimen sind energetische Sanierungen geplant, aber vom Senat noch nicht beschlossen worden, weil das Gebäudesanierungsprogramm 2007 aufgrund der Auswirkungen auf die Haushaltsjahre 2008/2009 unter dem Vorbehalt der noch zu treffenden Eckwertentscheidungen steht.

Zu Frage 3: Die Höhe der CO₂-Einsparungen lässt sich zurzeit noch nicht beziffern. Dies wird erst möglich sein, wenn detaillierte Ausführungsplanungen für die Sanierungsmaßnahmen vorliegen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist natürlich zunächst zu begrüßen, dass diese Kredite in Anspruch genommen werden sollen. Ich habe die Frage: Was heißt eigentlich in Kürze? Warum ist die Beantragung noch nicht erfolgt? Immerhin wissen wir schon einige Monate, dass die Möglichkeiten bestehen!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich sagte Ihnen ja, für welche Gebäude Sanierungsmaßnahmen geplant sind. Wir müssen natürlich die Gesamtfinanzierung sicherstellen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wiederhole die Frage noch einmal: Was heißt in Kürze?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ohne schuldhaftes Verzögern! In Kürze oder prompt!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich nehme das so hin und hoffe, dass der Senat daran arbeitet, dass es etwas wird! - Danke schön!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Kriminalitätsentwicklung in Huchting und Kattenturm**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Kleen, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, seine Anfrage vorzutragen!

Abg. **Kleen** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hat sich die Kriminalität, insbesondere die Gewalt- und Bandenkriminalität, in Huchting und Kattenturm seit Umsetzung der Polizeistrukturereform im September 2005 entwickelt?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat den Zusammenhang zwischen Kriminalitätsentwicklung und der Nachtschließung der Polizeireviere in Huchting und Kattenturm?

Drittens: Mit welchen Konzepten und Maßnahmen beabsichtigt der Senat, auf die kriminellen Vorfälle der letzten Wochen - laut Presseberichterstattung - in Huchting, Kattenturm und stadtteilübergreifend zu reagieren?

Bürgermeister Röwekamp: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Sehr geehrter Herr Präsident! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu 1: Laut polizeilicher Kriminalstatistik ist in Huchting die Gesamtkriminalität von 3263 Fällen im Jahr 2005 auf 3595 Fälle im Jahr 2006 angestiegen. Das ist eine Steigerung von 332 Fällen. Die Raubtaten sind im Jahr 2006 im Vergleich zu 2005 um 15 Fälle von 67 Fällen auf 52 Fälle zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Fallzahlen der Körperverletzungsdelikte um 15 Fälle von 199 auf 214 Fälle an.

In Kattenturm ist die Gesamtkriminalität rückläufig. Die Fallzahlen sanken von 3565 im Jahr 2005 auf 3294 im Jahr 2006. Das ist ein Rückgang von 271 Fällen. Bei den Raubtaten gingen die Fallzahlen um 7 Fälle von 55 auf 48 Fälle zurück. Die Fallzahlen der Körperverletzungsdelikte sanken um 25 Fälle von 208 auf 183.

Der Begriff Bande ist ein strafrechtlich feststehender Begriff mit Folgen für die Strafzumessung. Er erfordert den Zusammenschluss mehrerer Perso-

nen, die sich zur fortgesetzten Begehung von Raub oder Diebstahl verbunden haben.

Eine Bandenkriminalität kann in den Stadtteilen nicht nachgewiesen werden und wird auch von den örtlichen Jugendbetreuern nicht bestätigt. Von Jugendgruppen ausgehende Kriminalität wird jedoch festgestellt.

Zu 2: Die Stadtteile Huchting und Kattenturm haben sich trotz gleicher Öffnungszeiten der Reviere unterschiedlich entwickelt. Die Fallzahlen in Huchting sind ansteigend und in Kattenturm rückläufig. Ein Zusammenhang der Kriminalitätsentwicklung mit den veränderten Öffnungszeiten des Bürger-service kann nicht hergestellt werden.

Zu 3: Aufgrund der Vorfälle von Jugendgewalt/Jugendkriminalität in Huchting und Kattenturm werden unter anderem folgende Maßnahmen durchgeführt beziehungsweise intensiviert: Die Polizeiinspektion Süd führt lageangepasste Maßnahmen unter anderem mit dem Einsatzdienst, dem Zivilen Einsatzdienst und dem Regionalzug Süd unter Einbindung der Kontaktbereichspolizisten und des Jugendeinsatzdienstes durch. Die sichtbare Präsenz wird erhöht. Eine gezielte Gefährderansprache bekannter Täter findet statt.

Zur Verhinderung oder Unterbrechung krimineller Karrieren werden die aktuellen und zukünftigen Interventionsmöglichkeiten überprüft und in Zusammenarbeit mit Justiz und Jugendgerichtshilfe angepasst.

Die enge ressortübergreifende Kooperation und Maßnahmenabsprache auch im Bereich der Prävention der Polizei mit den örtlichen Einrichtungen des Vereins zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit, Schule, Stadtteilprojekt und Ortsamt wird fortgesetzt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Kleen, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kleen** (SPD): Bei der Beantwortung der ersten Frage sagen Sie im Hinblick auf die Bandenkriminalität, das muss uns ja große Sorgen machen, wenn es auch zur Verfestigung von Bandenstrukturen kommt, dass das von örtlichen Jugendbetreuern nicht gesehen wird. Was sind das für örtliche Jugendbetreuer? Meinen Sie damit Polizeibeamte oder andere?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Das sind Erkenntnisse, die wir von den vor Ort tätigen Kontaktbe-

reichspolizisten und unserem Jugendeinsatzdienst bekommen haben, die ja im Stadtteil eng vernetzt sind. Ich verstehe den Begriff der Jugendbetreuer so, dass das die im Stadtteil mit Jugendarbeit betroffenen Institutionen sind, die ich insbesondere am Schluss der Antwort zu Frage 3 abschließend genannt habe.

Präsident Weber: Bitte, Kollege Kleen!

(Abg. Kleen [SPD]: Vielen Dank!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Hausmeisterwohnung im Förderzentrum an der Kerschensteiner Straße**. Die Anfrage ist unterschrieben von der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Wargalla, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Wargalla!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist beabsichtigt, die Hausmeisterwohnung im Förderzentrum an der Kerschensteiner Straße wieder für Wohnzwecke zu nutzen?

Zweitens: Wie hoch waren die bisherigen Sanierungskosten, und welche weiteren Kosten sind notwendig, um eine Sanierung der Hausmeisterwohnung sicherzustellen?

Drittens: In welcher Höhe sind bisher Folgekosten durch die Nichtbewohnbarkeit der Hausmeisterwohnung, auch für die Ersatzwohnung, entstanden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die ehemalige Hausmeisterwohnung wurde im Jahr 2003 zu Büroräumen für den Schulpsychologischen Dienst umgebaut. Es ist nicht geplant, die Büroräume wieder für Wohnzwecke zu nutzen.

Zu Frage 2: Für die Herrichtung als Büroräume für den Schulpsychologischen Dienst wurden 11.129,54 Euro eingesetzt, weitere Instandhaltungs- oder Sanierungsmaßnahmen sind nicht geplant. Die Büroräume befinden sich in einem guten baulichen Zustand.

Zu Frage 3: Da an der Schule schon seit vielen Jahren kein Hausmeister gewohnt hat, sind über den genannten Betrag hinaus keine Kosten entstanden, auch nicht für eine Ersatzwohnung. Das Gebäude Kerschensteiner Straße ist einer Mitarbeiterin des Gebäude- und Technikmanagements Bremen zur alleinigen Wahrnehmung der dort anfallenden Hausmeisteraufgaben zugeordnet worden, eine Dienstwohnung steht ihr nicht zur Verfügung. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Wargalla, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben ja gerade gesagt, dass die Hausmeisterwohnung für den Schulpsychologischen Dienst hergerichtet worden ist. Kann sie von dem Dienst auch benutzt werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich gehe davon aus, wenn für das Umbauen und Herrichten 11.129,54 Euro ausgegeben wurden und die Räume sich in einem ordentlichen Zustand befinden, dass sie dann benutzt werden können. Das hatte ich Ihnen aber, glaube ich, auch so gesagt!

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Da nun offensichtlich diese ehemalige Hausmeisterwohnung leer steht, würde mich schon interessieren, ob sie so saniert ist, dass sie benutzbar ist! Soviel ich erfahren habe, ist sie das nicht!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich hatte Ihnen ja gesagt, dass diese Hausmeisterwohnung nicht mehr als Hausmeisterwohnung existiert, sondern ab Anfang 2003 aufgegeben worden ist, dass diese Räume saniert worden sind, der Schulpsychologische Dienst dort Einzug gehalten hat, sodass sie insofern für andere Zwecke genutzt wird.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich glaube, ich habe mich nicht genau genug ausgedrückt! Sie haben zwar gesagt, dass die Hausmeisterwohnung einem anderen Zwecke zugeführt worden ist, aber ich wollte eigentlich wissen, ob der Schulpsychologische Dienst wirklich auch

dort walten kann. Soviel ich weiß, steht die Wohnung wegen einer fehlerhaften Sanierung leer!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Das ist mir nicht bekannt!

Präsident Weber: Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Sind Sie denn bereit, das nachzuliefern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Gern!

(Abg. Frau Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen]: Gut! Kann ich noch eine kleine Zusatzfrage stellen?)

Präsident Weber: Ja, bitte, eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Zu der gesundheitlichen Beeinträchtigung, die von der ehemaligen Hausmeisterwohnung ausgeht, die ja unmittelbar an den Schulbetrieb angrenzt, hätte ich die Frage, ob denn für die Kinder eine gesundheitliche Beeinträchtigung besteht, denn die haben dort weiterhin noch den Schulbetrieb!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Da müssen Sie mir einmal erläutern, wie der Zusammenhang entstehen sollte! Können Sie die Frage einmal präzisieren?

Präsident Weber: Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Hausmeisterwohnung liegt ja mitten im Schulgebäude, die Schüler gehen an der Hausmeisterwohnung vorbei, haben ihre Räume auch in unmittelbarer Nähe dieser Hausmeisterwohnung, und ich wollte fragen, ob denn, da ja keine ordnungsgemäße Sanierung der ehemaligen Hausmeisterwohnung stattgefunden hat, die Kinder gesundheitlich beeinträchtigt sind, wenn dort weiterhin Unterricht abgehalten wird!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Also, Frau Wargalla, sind wir uns darin einig, dass es dort keine Hausmeisterwohnung mehr gibt, sondern dass der Schulpsychologische Dienst dort seine Räume hat?

(Abg. Frau Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Das ist jetzt gemeinsame Erkenntnis? - Gut!

Dann haben Sie auch zur Kenntnis genommen, dass diese Räume für den Schulpsychologischen Dienst für 11.129 Euro renoviert worden sind! Ich gehe einmal davon aus, weil ich jetzt hier keine anderen Erkenntnisse vorliegen habe, dass die Renovierung ordentlich und ordnungsgemäß für dieses Geld durchgeführt worden ist, vor allen Dingen, weil der Bildungssenator diese Büroräume ja auch für 10 Jahre fest angemietet hat. Wenn Sie jetzt andere Erkenntnisse haben, sage ich Ihnen natürlich gern zu, dem nachzugehen und hierüber zu berichten!

Präsident Weber: Bitte, Frau Wargalla!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist nett, danke schön!

Präsident Weber: Frau Wargalla, Sie haben keine weitere Zusatzfrage mehr?

Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Stahmann! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Diese Frage geht in eine etwas andere Richtung. Herr Senator, ist Ihnen bekannt, dass der Schulpsychologische Dienst zum 1. April 2007 neu strukturiert wird, nämlich in Form eines Zentrums für schülerbezogene Beratung? Können Sie mir darauf eine Antwort geben, ob diese Räume, die für rund 11.129 Euro saniert wurden, dann wieder vom Zentrum für schülerbezogene Beratung bezogen werden oder dann leer stehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Sie wissen, ich bin der Finanzsenator und würde es niemals wagen, mich in Fragestellungen meines Kollegen einzumischen!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Aber es antwortet ja der Senat, Herr Senator Nußbaum!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich kann Ihnen nur für meine Person sagen, dass ich Ihnen zu diesen Ordnungsstrukturen nichts sagen kann. Ich würde mich natürlich gern dort schlau machen und Ihnen dann berichten, deswegen kann ich auch den anderen Teil der Frage nicht beantworten!

Präsident Weber: Frau Kollegin haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, ich nehme die Antwort so hin, aber ich weise noch einmal darauf hin, dass wir den Senat fragen und nicht den Finanzsenator! Deswegen erwarten wir auch, dass der Senat in dieser Frage zu einer klaren Antwort kommt!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Wenn ich ergänzen darf: Die Frage an den Senat war in eine etwas andere Richtung geleitet, gefragt wurde, wie mit einer Hausmeisterwohnung umgegangen worden ist. Wenn Sie die Anfrage natürlich in die Richtung Schulpsychologischer Dienst gestellt hätten, hätte ich mich gern darauf vorbereitet und hätte heute umfassend auch für den Senat Rede und Antwort gestanden!

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das nehme ich so an, danke schön!)

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schmidtke! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Herr Senator, stimmen Sie mit mir überein, dass Räume für die von Ihnen genannte Summe nicht zu Unrecht renoviert wurden, wenn sie einer neuen Nutzung zugeführt werden können, nämlich als Unterrichtsräume für das wachsende Förderzentrum an der Kerschensteiner Straße?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Darin kann ich Ihnen gern zustimmen!

(Abg. Frau Schmidtke [SPD]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage der Fragestunde trägt die Überschrift „**Fehlende Unterstützung des Senats bei Umsetzung des neuen Konzepts für die Grundschule Fährer Flur**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Schmidtman, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um die Grundschule Fährer Flur tatkräftig bei der Umsetzung des Konzepts, nach dem Schule und Kindergarten künftig unter einem Dach zusammenarbeiten, zu unterstützen?

Zweitens: Trifft es zu, dass lediglich ein Restbetrag von 350.000 Euro für die Sanierung der Räume zur Umsetzung des Konzepts fehlt, und in welchem Zeitraum will der Senat diese Summe bereitstellen?

Drittens: Wie bewertet der Senat sein schleichendes Arbeitstempo bei der Umsetzung des Konzepts am Standort Fährer Flur?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Schulstandortentwicklungsplan 2005 bis 2015 für die öffentlichen Schulen der Stadtgemeinde Bremen ist festgelegt, „die Grundschule Fährer Flur wird ab dem Schuljahr 2006/2007 für zunächst zwei Jahre, beginnend in der Jahrgangsstufe 1, einzügig geführt, um die weitere Schülerzahlentwicklung abzuwarten“. Außerdem sind der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und der Senator für Bildung und Wissenschaft tätig geworden, um zu prüfen, ob am Standort Fährer Flur eine Zusammenführung von Schule und Angeboten für frühkindliche Bildung mit der Kita Lobbendorf sinnvoll ist.

Vor diesem Hintergrund wurde die Kinderzahlentwicklung beobachtet und wurden differenzierte Überlegungen für die pädagogische und organisatorische Zusammenführung der Arbeit mit den Kindern des Elementar- und Primarbereichs sowie umfassende Kostenschätzungen für die notwendigen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen des stark sanierungsbedürftigen Gebäudes Fährer Flur vorgenommen.

Seit dem Schuljahr 2006/2007 ist die Hortgruppe der Kita Lobbendorf in das Schulgebäude verlegt worden, und seit Januar 2007 nehmen die fünfjährigen Kinder aus der Kita zweimal in der Woche am Unterricht der Schule teil. Ab dem nächsten Schuljahr ist eine Ausweitung auf zwei Stunden täglich vorgesehen.

Diese Entwicklung wurde und wird auch weiterhin durch die Schulaufsicht begleitet. Der Senat hat

somit die Grundschule Fährer Flur durch vielfältige Maßnahmen bei der Umsetzung erster Schritte unterstützt, um die Option, Schule und Kindergarten räumlich und inhaltlich besser zu verzahnen, zu ermöglichen.

Zu Frage 2: Die Unterbringung der Kita-Gruppen und die in diesem Zusammenhang notwendigen Umbauten erfordern eine genehmigungspflichtige Nutzungsänderung des Schulgebäudes. Dadurch wird der Bestandsschutz für das Schulgebäude Fährer Flur aufgehoben und für die zukünftige Nutzung werden neue aktuelle Bauauflagen gültig. Zu diesen Auflagen gehören als besonders aufwendige und damit teure Maßnahmen die Verbesserung des Brandschutzes mit einer Errichtung eines zweiten Fluchtweges aus den beiden oberen Geschossen sowie die barrierefreie Erschließung des Gebäudes bis in den zweiten Stock. Zur Unterbringung der Kita-Gruppen sind auch Räume für die Mittagessenversorgung und das Erdgeschoss zur Aufnahme der Kita-Gruppen herzurichten. Insgesamt sind für die Bau- und Sanierungsarbeiten Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro erforderlich.

Die für die Umbaumaßnahmen in einem ersten Bauabschnitt erforderlichen Mittel betragen voraussichtlich 750.000 bis 850.000 Euro. Aus der Aufgabe des Kita-Gebäudes stehen aber nur maximal 500.000 Euro zur Verfügung. Die zusätzlich erforderlichen Mittel lassen sich nach den aktuellen Planungen weder im Gebäudesanierungsprogramm 2007 noch im laufenden Bildungshaushalt darstellen, sodass frühestens bei der Aufstellung der Folgehaushalte eine abgesicherte Gesamtfiananzierung gesichert werden könnte.

Zu Frage 3: Die Entwicklung des Konzepts der inhaltlichen und räumlichen Zusammenführung von Schule und Kita wurde vom Senat von Anfang an sehr intensiv unterstützt, daher kann von einer schleichenden Umsetzung nicht die Rede sein. Die ersten Schritte zur Umsetzung, die keine räumliche Zusammenführung erfordern, sind bereits in diesem Schuljahr eingeleitet worden, die Hortgruppe ist bereits in die Schule umgezogen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, teilen Sie das Gefühl des Beirates, der Schule und auch der Mitarbeiter des Kindergartens, dass sie ungeduldig werden und den Prozess vielleicht als zu langsam erleben und sich mehr Schnelligkeit vom Senat erhoffen bei den Entscheidungen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Dass das Gefühl dort an der Schule und auch im Hortbereich so sein mag, das kann ich nachempfinden, aber ich stehe vor der Situation, und das ist Ihnen ja auch bekannt, dass einmal eben 300.000 Euro nicht so leicht darstellbar sind. Bei allen anderen Problemen, die wir auch im Bildungsbereich haben, den Menschen jetzt vor Ort zu sagen, das ist alles kein Problem, wir sind vor der Wahl, und wir erledigen das mit links, ist falsch. Man muss den Menschen vor Ort sagen, welche Schwierigkeiten wir haben, und das muss entsprechend kommuniziert werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Der Beirat hat den Senat aufgefordert, schnell zu handeln, und er hat gesagt, dass die Investitionskosten von 1,5 Millionen Euro auf 850.000 Euro gesenkt werden konnten. Es ist im Beirat diskutiert worden, dass das Sozialressort signalisiert hat, 500.000 Euro davon zu tragen, und es wurde dann im Beirat ferner ausgeführt, dass vom Bildungsressort ein Betrag 350.000 Euro aussteht. Trifft diese Kostendarstellung zu, und woran hakt das?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich meine, dass ich Ihnen das gerade vorgelesen habe, aber ich sage es noch einmal! Wir haben insgesamt Kosten von mindestens 1,5 Millionen Euro. Da darf ich die Frage stellen, ob es bei einer einzügigen Schule, die stark sanierungsbedürftig ist, bei rückläufigen Grundschülerzahlen auch in dem Bezirk - in dem Bezirk haben wir jetzt eine Klassenfrequenz von 23,1, das ist, à la bonne heure, akzeptabel, das ist eine durchschnittliche Klassenfrequenz - sinnvoll ist, in ein sanierungsbedürftiges Gebäude diese 1,5 Millionen Euro zu stecken, wenn man das Geld überhaupt nicht hat.

Ich habe es weder im laufenden Bildungshaushalt noch ist sichergestellt, dass wir es im nächsten Doppelhaushalt zur Verfügung gestellt bekommen. Jetzt müssen wir erst einmal, wie wir es verabredet haben, auch in der Deputation abwarten, wie sich die Schülerzahlen in dem Bereich entwickeln, und dann müssen wir sehen, ob wir das gemeinsam mit dem nächsten Doppelhaushalt schaffen können oder ob wir im Herbst 2007 zu anderen Ergebnissen kommen.

Ich kann nicht jedem Wunsch eines jeden Beirats, und ich habe einige davon in der Behörde liegen, folgen. Wir müssen hier mit gutem Auge eine gute

Politik machen. Wenn ich sagen würde, 1,5 Millionen Euro sind überhaupt kein Problem, wir machen eine erste Phase, das ist ja nicht billiger geworden, sondern wir haben gesagt, wir können uns vorstellen, dass wir Keller und Erdgeschoss in einem ersten Bauabschnitt machen, um dann in einem zweiten Bauabschnitt die restlichen hunderttausende dort hinzugeben, aber welche Wahnsinn ist es, wenn ich in drei oder vier Jahren hier stehe und Sie mir vorwerfen, dass ich das Geld ausgegeben habe und gar keine Schüler mehr da sind! Dann sagen Sie doch, welche fehlerhafte und überhaupt nicht in die Zukunft blickende Politik ist das gewesen, der Senator hätte doch vorher wissen müssen, dass er die Räume gar nicht mehr braucht. Warum hat er damals nicht den Menschen klar gesagt, es geht leider nicht, wir müssen die Schüler in eine andere Schule bringen, wir haben dort Platz, und warum machen wir das nicht? Das muss gestattet sein, und so weitschauend muss Bremer Politik sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Dem Senat ist aber bekannt, dass die Kinderzahlen in den letzten zwei Jahren dort nicht zurückgegangen sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Der Senat beobachtet sehr, sehr genau alle Schülerzahlen, und wann immer ich in Bremer Grundschulen gehe, erfahre ich, dass die Schülerzahlen gerade in diesen Schulen in diesen Stadtteilen wachsen, aber insgesamt, wenn ich alles saldiere, stelle ich fest, und das wissen Sie auch, die Grundschülerzahlen sind in unserem Land auch in der Zukunft stark rückläufig. Leider ist das so!

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte Frage! Herr Senator, auch ohne Hort wäre eine Sanierung der Kellerräume notwendig gewesen. Trifft das zu?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wenn man sich langfristig von diesem Gebäude trennt, kann ich mir vorstellen, dass das gegebenenfalls auch nicht notwendig ist und dass man diese 1,5 Millionen Euro, die man jetzt zur Sanierung nimmt, vielleicht auch in die-

sem Stadtteil für andere ergänzende Maßnahmen zur Förderung der Grundschulen dort nimmt. Das kann ich mir auch vorstellen.

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Jetzt muss ich doch noch eine weitere Frage stellen. Hält denn der Senat, er hat ja versprochen, an dem Konzept zu arbeiten, Grundschule, Kindergarten, Hort unter einem Dach zusammenzubringen, an dem Versprechen fest, oder beabsichtigt der Senat, gegebenenfalls dort auch noch dieses Versprechen nicht zu erfüllen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Der Senat hält genau an dem Konzept fest, das wir gemeinsam in der Bildungsdeputation, ich weiß nicht, ob mit Ihrer Stimme oder nicht, beschlossen haben, dass wir gesagt haben, wir wollen es einmal probieren, ob das geht, dass wir dort so eine pädagogisch sehr interessante Kooperation machen, wir haben das mit zusätzlichen Stunden untermauert. Die hohe Frequenz in dieser Klasse löst sich ein bisschen auf, weil dort jahrgangsübergreifend gearbeitet wird. Es gibt zusätzliche Lehrerstunden dafür. Wir finden das Konzept nach wie vor spannend, aber wir haben genauso auch damals beschlossen, dass wir die Schülerzahlenentwicklung genau uns anschauen werden.

Ich sage das noch einmal: Wir haben hier jetzt 12 Klassenverbände mit einer Frequenz von 23,1 eingerichtet. Wir werden das genau abwarten. Genauso haben wir beschlossen, im Oktober 2007 gemeinsam in der Bildungsdeputation die Situation neu zu analysieren, um dann auch mit einem neuen Doppelhaushalt gegebenenfalls entscheiden zu können, woher wir das Geld nehmen und ob es sinnvoll ist, dort die Schule so aufwendig zu sanieren.

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann hat keine weiteren Fragen. Eine weitere Zusatzfrage hat der Abgeordnete Rohmeyer. - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, können Sie bestätigen, noch einmal für Frau Stahmann, dass seinerzeit der ursprüngliche Entwurf der Bildungsbehörde durch die Fraktionen der CDU und SPD, insbesondere auch auf Wunsch unserer Bremen-Norder Kollegen, geändert wurde, dass wir der Schule Fährer Flur Zeit gegeben haben, um zu sehen, wie sich die Schülerzahlen entwickeln, und dass, wie Sie sagten, nach einem Zeitraum eine weitere Bilanz gezogen werden sollte?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist genau die Verabredung. Diese Schule sollte eigentlich geschlossen werden, aber wir haben gesagt, wir wollen das noch einmal in Ruhe abwarten, weil aus der Bevölkerung ganz klar gesagt worden ist, die Schülerzahlenentwicklung ist dort ganz anders, als Sie das prophezeien. Wir haben gemeinsam in der Deputation das so als Kompromiss vereinbart, und das wollen wir im Oktober, wie ich es gesagt habe, neu diskutieren und entscheiden.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Vielen Dank!)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Gütesiegel für Bremer Kindergärten**“. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die verschiedenen bundesweiten Gütesiegel für Kindergärten, die die Qualität der Rahmenbedingungen und der Arbeit in den Kindergärten bewerten?

Zweitens: Hält der Senat es für sinnvoll, dass auch Bremer Kindergärten sich für solche Gütesiegel bewerben?

Drittens: Wie gedenkt der Senat diesbezüglich weiter vorzugehen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Weg einer Bewerbung für ein Gütesiegel kann für einen Träger oder eine Einrichtung der Kindertagesbetreuung eine produktive Herangehensweise für die eigene Qualitätssicherung sein. Insofern ist das Verfahren zur Erlangung einer solchen Auszeichnung als positiv einzuschätzen. Die damit einhergehende Kommunikation mit den Eltern als Nachfrager des Angebots ist eben so wertzuschätzen. Die bisher vorhandenen Gütesiegelverfahren unterscheiden sich zwar, aber

nicht in dem Maße, dass eine Wertung angemessen erfolgen könnte.

Zu zwei: Der Senat hält es nicht für vordringlich, dass sich alle Bremer Kitas für solche Gütesiegel bewerben, da in Bremen zurzeit ein anderer Weg der Qualitätssicherung verfolgt wird.

Zu drei: Zurzeit werden mit den Trägern der Kindertagesbetreuung Möglichkeiten von Vereinbarungen zur Qualitätsentwicklung in den Bremer Kindertageseinrichtungen analog zu Berlin und Rheinland-Pfalz erörtert. Damit wird auch, ähnlich wie bei den Gütesiegeln, eine Normierung von inhaltlichen Standards und Verfahren erarbeitet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wer wird bei diesem Verfahren, das Sie uns vorgestellt haben, nach dem man sich über Kriterien mit den Trägern einigt, dann am Ende darüber entscheiden, ob die Kriterien eingehalten sind oder nicht? Holt man sich dafür externen Sachverstand, oder wird es sozusagen im bremschen Lamäng entschieden und bewertet?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: In aller Regel ist es so, dass Gütesiegel und Verfahren zur Qualitätssicherung nicht etwas sind, was neu erfunden werden muss, sondern da gibt es durchaus qualifizierte und gute Vorlagen. Ich habe Ihnen benannt, dass wir uns auch hier orientieren werden an den Wegen, die in Berlin und Rheinland-Pfalz gegangen worden sind, und wir im Übrigen ja auch mit unseren Bremer Kindertageseinrichtungen uns in einem Qualitätssicherungsprozess befinden, der auf der Grundlage der Rahmenplanung für Bildung und Erziehung sich bewegt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ich möchte gern meine Frage wiederholen, vielleicht auch, weil mir das Verfahren in Rheinland-Pfalz und Berlin nicht so im Schlaf gegenwärtig ist. Ich glaube, das wird andere Kollegen in diesem Hohen Hause auch betreffen. Wird man sich also externen Sachverstand holen, oder wird es von Bremern über Bremer am Ende eine Bewertung geben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: In aller Regel haben wir, wenn es notwendig ist, dort auch zusätzlichen externen Sachverstand mit einbeziehen, ich halte es für kein Problem, dies auch zu tun. Ich traue es aber den Bremern zu, dass sie hier auch entsprechende Verfahren initiieren können.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, teilen Sie mit mir die Einschätzung, dass es durchaus positiv ist, wenn man sich jemanden von außen holt, dass es nicht immer nur ein Zeichen der eigenen Schwäche sein muss, sondern dass es gerade ein Zeichen von Stärke sein kann zu sagen, wir wissen, dass wir Probleme mit unserem Kindertagesystem haben, und wir wollen uns auf den Weg machen, das zu verändern, wir holen uns Menschen von außen, die aus anderen Systemen kommen, die darauf schauen und uns dann sagen, ob unsere Anstrengungen die richtige Richtung haben und ob wir Fortschritte machen oder nicht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Herr Abgeordneter Crueger, ich glaube, dass es ganz wesentlich ist, welche Qualität wir erreichen in einem Prozess, in dem wir alle mitnehmen wollen und müssen, und wenn dazu externer Sachverstand schon in der Vorbereitungsphase erforderlich ist, werden wir ihn uns einholen, da gibt es gar keine Frage!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Nur, um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Frau Senatorin, meinen Sie denn zum derzeitigen Stand der Dinge, dass externer Sachverstand notwendig ist, oder können Sie das im Moment noch nicht beurteilen, ob das so ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Dies ist ein Verfahren, das in der Deputation und im Jugendhilfeausschuss diskutiert wird, und dort müssen auch die Verantwortlichen in diesen Gremien darüber nachdenken, ob wir externen Sachverstand benötigen oder nicht. Ich sehe zurzeit das Verfahren, das wir hier insbesondere auch in den Kitas voranbringen, vor dem Hintergrund der Rahmenplanung als ein geeignetes Verfahren, und darum

geht es ja letztendlich, die Qualität in den Einrichtungen zu standardisieren und zu steigern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich komme dann auch zum Ende. Ich will jetzt auch nicht, weil dies nicht Gegenstand der Frage war, auf den Rahmenplan und auf die Umsetzung der Bedingungen näher eingehen. Mich interessiert, ist das Verfahren, das Sie jetzt angekündigt haben, Frau Senatorin, das Verfahren, wie man sich über Qualitätskriterien einigt, und die dann, von wem auch immer, am Ende sozusagen ausurteilen lässt, und bis wann werden wir substanziell, das heißt nicht nur in der Deputation in Form von Vorschlägen, sondern tatsächlich in der Realität, im wahren Leben, Ergebnisse vorgelegt bekommen? Wird das noch ungefähr ein halbes oder ein Jahr dauern, oder wie ist der zeitliche Maßnahmenplan im Ressort?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich freue mich da auf eine intensive Zusammenarbeit in den Gremien, und ich gehe davon aus, dass wir die Vorstellungen aus den Gremien auch umsetzen können. Ich kann Ihnen dazu keinen Zeitplan nennen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Barrierefreier Zugang zu Beiratssitzungen gewährleisten**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie will der Senat gewährleisten, dass in Zukunft alle Beiratssitzungen in barrierefreien Räumen stattfinden, um Rollstuhlfahrern ihr gesetzliches Recht an der Teilnahme öffentlicher Beiratssitzungen zu ermöglichen?

Zweitens: Wie will der Senat insbesondere in den Beiratsgebieten Lesum und Blumenthal zeitnah handeln?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Sofern Beiratssitzungen in den Ortsamtsgebäuden stattfinden, können gegenwärtig in 5 von 22 Stadt- und Ortsteilen Rollstuhlfahrer nur unter erschwerten Bedingungen an den Sitzungen der Beiräte teilnehmen. Es handelt sich um die Beiräte Blumenthal, Burglesum, Neustadt, Mitte und Hemelingen, da der Stammsitzungsraum im zuständigen Ortsamt aufgrund baulicher Bedingungen nicht den Anforderungen der Barrierefreiheit nach dem Bremischen Behindertengleichstellungsgesetz entspricht.

Sitzungen dieser Beiräte finden häufig in Abhängigkeit zur Tagesordnung „am Ort des Geschehens“ in angemieteten Sitzungsräumen statt. Die Auswahl externer Räumlichkeiten wird davon abhängig gemacht, dass sie problemlos von Rollstuhlfahrern aufgesucht werden können.

Durch die 2007 geplanten Standortverlagerungen für die Ortsämter Neustadt und Hemelingen wird sich die Anzahl der nicht barrierefreien Ortsämter weiter verringern. Bei Umzügen von Dienststellen beziehungsweise Neuanmietungen von Behördenraum wird in jedem Einzelfall eine barrierefreie Erreichbarkeit sichergestellt. Die entsprechenden Planungen beziehungsweise Umsetzungen erfolgen durch die Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH, GBI, in enger Abstimmung mit dem Senator für Inneres und Sport und den betroffenen Ortsämtern.

Zu Frage 2: Um Rollstuhlfahrern die regelmäßige Teilnahme an Beiratssitzungen zu ermöglichen, werden insbesondere die Leitungen der Ortsämter Burglesum und Blumenthal bei der Vorbereitung von öffentlichen Beiratssitzungen verstärkt dafür Sorge tragen, dass barrierefreie Tagungsräume in den jeweiligen Stadtteilen genutzt werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Das heißt, Herr Senator, dass aus Burglesum und Blumenthal an den Senat das Signal ging, dass diese Anforderung des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetz in Zukunft erfüllt wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Ja! - Vielen Dank!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage bezieht sich auf den **EU-Aids-Kongress in Bremen**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Erkenntnisse liegen dem Senat vor über die Gründe der Nichtbeteiligung der Aids-Hilfe Bremen e. V. am EU-Aids-Kongress in Bremen?

Zweitens: Wie soll die Aids-Hilfe vor dem Hintergrund steigender Zahlen von Neuinfizierten und der vollständigen Streichung der institutionellen Förderung ihren Aufgaben gerecht werden?

Drittens: Welchen Stellenwert misst der Senat der Prävention vor Neuinfektionen zu, und wie soll diese in Bremen erfolgreich gestaltet werden?

Präsident Weber: Diese Anfrage beantwortet für den Senat Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu 1: Der unter Federführung der Bundesregierung im Rahmen der Deutschen EU-Präsidenschaft organisierte EU-Kongress „Verantwortung und Partnerschaft - gemeinsam gegen HIV und Aids“ hatte eine internationale und keine regionale Ausrichtung. Die Deutsche Aids-Hilfe war auf dem Kongress als nationaler Repräsentant vertreten.

Zu 2: In der Stadt Bremen wird die Aids-spezifische Prävention sowie die Beratung und Betreuung Betroffener vom Gesundheitsamt Bremen sowie vom Rat und Tat-Zentrum für Schwule und Lesben sichergestellt.

Zu 3: Der Senat misst der Prävention von HIV-Infektionen große Bedeutung bei. Die Beratung des Gesundheitsamtes zu HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Erkrankungen und das Rat und Tat-Zentrum haben vielfältige Präventionsangebote, beispielhaft seien genannt: aufsuchende Aufklärungsarbeit in den verschiedenen Szenen, Prävention von und mit Schulklassen und Jugendgruppen, aufsuchende Arbeit bei Prostituierten, das Afrika-Projekt mit ebenfalls aufsuchender

Arbeit in der afrikanischen Community Bremens, spezielle Unterrichtseinheiten für Berufsschülerinnen und -schüler. Darüber hinaus bieten weitere Träger, zum Beispiel ProFamilia, Aufklärung für Kinder und Jugendliche an, in denen auch die HIV/Aids-Problematik eine wichtige Rolle spielt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Das Wort zu einer Zusatzfrage hat die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Sind Sie mit mir einer Meinung, dass es auch für die Bremer Szene eine gute Möglichkeit gewesen wäre, sich hier zu präsentieren, wenn der bundesweite Aids-Kongress schon in Bremen stattfindet?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Sicherlich wäre es eine gute Möglichkeit gewesen. Soweit mir bekannt ist, haben dort auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom Gesundheitsamt und vom Rat und Tat-Zentrum als Zuhörer teilgenommen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wäre es nicht auch Aufgabe Ihres Hauses gewesen sicherzustellen, dass Vertreterinnen und Vertreter aus Bremen adäquat beteiligt sind und sich präsentieren können?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Da wir meines Wissens mit der Ausrichtung dieses Kongresses in keiner Weise befasst waren und das ausschließlich eine Aufgabe der Bundesregierung im Rahmen der EU-Präsidenschaft ist, ist mir nicht bekannt, dass wir auch die Möglichkeit gehabt hätten, uns mit Ausstellungen oder Maßnahmen daran zu beteiligen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Hat sich Ihr Haus denn darum bemüht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Das kann ich so nicht sagen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das dachte ich mir!)

Ich werde die Frage gern mit aufnehmen, ob es die Möglichkeit gegeben hätte, dass wir zu einer Mitarbeit oder Mitgestaltung von Ausstellungen oder Flächen hätten kommen können.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich das richtig verstanden, dass Sie zusagen, der Deputation zu berichten, welche Handlungen Ihr Ressort unternommen hat, um möglicherweise eine Beteiligung Bremens oder eine Präsenz Bremens dort sicherzustellen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich werde gern in der Deputation darüber berichten, zu welchen Dingen wir aufgefordert sind und welche Möglichkeiten wir gehabt haben.

Präsident Weber: Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich beziehe mich noch einmal auf die Frage eins, in der danach gefragt wurde, wie viel Prävention in Bremen eigentlich stattfindet. Ich habe verstanden, dass das Gesundheitsamt und das Rat und Tat-Zentrum in Bremen mit der Prävention betraut sind. Sind Sie der Auffassung, dass die zur Verfügung stehenden Mittel angesichts der Neuinfektionsrate, die anscheinend steigt, ausreichend sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir haben ganz aktuell, ich kann Ihnen Zahlen von 2005 sagen, 40 HIV-Neuinfektionen gegenüber 33 im Jahr davor, und wir haben Aids-Erkrankungen im Jahre, die gleichbleibend sind, eher - wenn man 2002 oder 2003 zugrunde legt - mit rückläufiger Tendenz. Wir stellen dafür dem Rat und Tat-Zentrum Mittel zur Verfügung. Mir ist nicht bekannt, dass diese Mittel, die für die Projekte und Maßnahmen des Gesundheitsamts und des Rat und Tat-Zentrums auch in Bremerhaven sehr vielfältig sind, für diesen Bereich nicht ausreichend sind.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn wir uns einig sind, dass das Rat und Tat-Zentrum sich vor allen Dingen an Homosexuelle richtet, dann frage ich Sie noch einmal, ob Mittel für von Aids Infizierte und bedrohte Drogenab-

hängige aus Ihrer Sicht im Rahmen der Prävention ausreichend zur Verfügung gestellt werden!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Hier ist es eine wesentliche Rolle, so begreife ich es, dass auch das Gesundheitsamt mit im Boot ist. Es ist mit Sachmitteln und mit Stellen ausgestattet, um in diesem Bereich auch präventive Arbeit leisten zu können.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, mit der Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 59 vom 27. Februar 2007 (Drucksache 16/667 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 60 vom 13. März 2007 (Drucksache 16/673 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Mehr gemeinsames Lernen an den Sekundarschulen ermöglichen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Februar 2007
(Drucksache 16/668 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Bürgerschaftsfraktion der Grünen setzt sich mit dem vorliegenden Antrag für eine längere gemeinsame Beschulung innerhalb der Sekundarschule in Bremen ein. Sekundarschulen sind die von der Großen Koalition geschaffenen verschmolzenen Haupt- und Realschulen, die sich jetzt in der Anlaufphase befinden. Die Lehrkräfte der Sekundarschulen weisen darauf hin, dass die Trennung der Schülerinnen und Schüler von Haupt- und Realschulen ab Klasse 7 und 8 unter anderem den Klassenzusammenhalt, die Integration und den pädagogisch sinnvollen Klassenlehrerbezug stark beeinträchtigt.

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

In der Praxis zeigen sich gravierende Probleme, die sich negativ auf die schulische Arbeit und das Lernen der Schülerinnen und Schüler auswirken und die aus unserer Sicht behoben werden müssen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Schulleitungen der Sekundarstufen I setzt sich in einem Schreiben an die Fraktionen dafür ein - auch an den Bildungssenator, an Herrn Perschau, an Herrn Rohmeyer, an Frau Hövelmann und an mich ist dieses Schreiben gegangen -, dass der Zwang zur Teilung der Klassen in Haupt- und Realschule in den Klassen 7 und 8 nicht vorgenommen werden muss.

Der Arbeitskreis der Schulleitungen hat sich dabei ganz intensiv mit dem Schulgesetz auseinandergesetzt und auch intensiv darüber diskutiert. Ich möchte sagen, das ist keine leichtfüßige Änderung, die hier vorgetragen wird, sondern es ist eine Änderung, die von den Schulleitungen gewünscht wird, die wirklich in der Praxis arbeiten! Das ist eine Änderung, die Klassenlehrer vorschlagen, weil sie merken, dass mit dem von der Großen Koalition beschlossenen Schulgesetz keine gute Schule in dem Bereich Sekundarschule zu machen ist. Unser Antrag setzt sich dafür ein,

hier im Sinne einer besseren Praxis für die Kinder nachzubessern!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Arbeitsgemeinschaft der Schulleitungen der Sekundarstufe I regt analog zu der Regelung der Gesamtschulen an, es den einzelnen Schulzentren zu überlassen, in welcher Form die unterschiedlichen Leistungsanforderungen gemäß den Vorgaben der Kultusministerkonferenz in den Klassen 7 und 8 der Sekundarstufe erfüllt werden. Die erfahrenen Leitungen schlagen vor, auf Binnendifferenzierung und individuelle Förderung zu setzen und die Klassen nicht mehr aufzuteilen, sondern mit unterschiedlichen Arbeitsblättern in der Klasse zu arbeiten, bei denen, die mehr können, auch mehr zu fordern und bei den Kindern, die sie mehr fördern müssen, auch mehr Förderung zu garantieren - das trauen sich die ausgebildeten Lehrer sehr wohl zu! -, mit dem Zusatz, das möchte ich auch sagen, dass wir nicht sagen, sie müssen auf die äußere Differenzierung verzichten, sondern sie sollen die Möglichkeit bekommen, die Klasse zusammenzulassen und nicht trennen zu müssen.

Die Gründe dafür wiegen aus Sicht unserer Fraktion schwer, deshalb haben wir uns entschlossen, heute einen Antrag vorzulegen, der den Vorschlag aus den Schulleitungen konstruktiv aufgreift. Wir fordern den Senat auf, den Sekundarschulen, insbesondere an den Schulzentren, grundsätzlich die Möglichkeit einzuräumen, auf die Trennung von Schülerinnen und Schülern von Haupt- und Realschulen in den Klassen 7 und 8 in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik - um diese Fächer geht es - verzichten zu können.

Ich möchte noch einmal sagen: Warum wirkt sich die äußere Differenzierung, die Teilung der Klassen oft negativ auf das Lernklima aus, und warum meinen wir als Grüne, man sollte den Schulen die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, wie man die Lernziele erreicht? Wir wollen als Bürgerschaftsfraktion keinen Verlust der Klassengemeinschaft. Die in den Jahrgängen 5 und 6 unter oft schwierigen Bedingungen und mit viel Mühe geschaffene Klassengemeinschaft wird im siebten Jahrgang durch die Regelung, die jetzt vorhanden ist, wieder ausgehebelt.

Die Klassen sind in den Hauptfächern in Leistungsgruppen aufgeteilt, in Mathematik und Englisch ab Jahrgang 7, in Deutsch ab Jahrgang 8, nur 4 Stunden pro Woche im Fach WUK, das ist Welt- und Umweltkunde, und in der Klassenstunde ist die Klasse gemeinsam in ihrem Klassenraum. Das sind nur 5 Stunden, in denen eine Klasse zusammen Unterricht hat. Das ist zu we-

*1) Von der Rednerin nicht überprüft.

nig, um ein gutes Klima zu schaffen und ein wichtiges Wir-Gefühl zu entwickeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen keinen mangelnden Kontakt zum Klassenlehrer, denn auch das entpuppt sich als riesengroßes Problem. Die Hauptfachlehrer sehen ihre gesamte Klasse nur noch in Ausnahmefällen, das heißt in der Klassenstunde und/oder in den Fächern Welt- und Umweltkunde, Kunst oder Sport, falls sie überhaupt diese Fächer unterrichten. In der Regel sind das 3 bis 4 Stunden in der Woche und im Extremfall sogar nur eine! Die Grundvoraussetzung eines guten Haupt- und Sekundarschulunterrichts ist aber die enge Bindung an den Klassenlehrer, und die ist so, wie die Regelung jetzt ist, einfach nicht vorhanden, und das wollen wir auch mit unserem Antrag ändern.

Es geht darum, gerade für diese Jugendlichen feste Bezüge und Verlässlichkeit zu schaffen. Das sind oft Jugendliche, die es von Zuhause nicht kennen, dass sich jemand verlässlich um sie kümmert und für sie da ist. Ich finde, Sie als Große Koalition tragen hier eine riesengroße Verantwortung. Wenn Sie in der Zeitung lesen, 70 Prozent der Schulleitungen verstehen nicht, was bildungspolitisch passiert, und fühlen sich nicht angehört, dann können Sie doch nicht die Augen davor verschließen, wenn ein Brief von der Arbeitsgemeinschaft der Schulleitungen kommt, der einen Vorschlag macht, und Sie müssen diesem Antrag und diesen Vorschlägen auch folgen!

Herr Rohmeyer, da nützt es auch nichts, dass Sie sich darüber lustig machen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie diesen Antrag hier ablehnen - das haben Sie mir ja schon angekündigt -, dann fände ich das mehr als bitter, nicht bitter für die Grünen, sondern bitter für die Schülerinnen und Schüler, die diese Schulen besuchen.

Wir wollen auch den Vandalismus in fremden Räumen unterbinden, auch das ist ein Problem, mit dem sich die Schulen jetzt vermehrt herumschlagen. Nur 4 Stunden pro Woche im Fach Welt- und Umweltkunde und in der Klassenstunde ist die Klasse gemeinsam in ihrem Klassenraum, ein pfleglicher Umgang mit dem Mobiliar, die schöne Gestaltung des eigenen Raums wird für die Schülerinnen und Schüler zur Nebensache und ist uninteressant. Fast alle Schulen, die Sekundarschulklassen unterrichten, berichten, dass der Vandalismus gravierend zunimmt. Wir wollen das ändern, und dieser Antrag ist die Möglichkeit für die Große Koalition, das auch zu ändern!

Wir sehen keinen pädagogischen Gewinn in der Unruhe und dem Zeitverlust durch ständigen Raumwechsel. Die Schülerinnen und Schüler wandern beinahe stündlich in einen anderen Raum, nämlich für die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch, Spanisch, Kunst, Werken, Hauswirtschaft, Musik, Physik, Chemie und Sport. Dass Kinder ihre Schule so gut kennen, ist sicher gut, aber eine Klasse braucht aus meiner Sicht einen eigenen Raum, und ein Schultag ist kein Wandertag!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir möchten die Unruhe durch Gruppenwechsel vermeiden. In jedem dieser Fächer müssen sich die Kinder in einer anderen Gruppenzusammensetzung - und es sind immer neue Gruppen - neu behaupten, das trifft auf die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch, Spanisch, Werken und Hauswirtschaft zu. Lehrerinnen und Lehrer sehen verminderte Leistungen statt eine Leistungssteigerung, und gerade eine Leistungssteigerung sollten diese Schulen leisten. Ohne äußere Differenzierung könnten schwächere Schüler besonders im sprachlichen Bereich stark von den Beiträgen stärkerer Schüler und von deren Vorbild profitieren. Die Grundkurse lernen heute nur noch langsamer, und die vermeintliche Leistungssteigerung in den E-Kursen findet auch nicht statt, da die Klassen unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen.

Dass sich die Schüler immer in anderen Gruppen neu behaupten müssen, führt dazu, dass es zu Disziplinar- und Disziplinproblemen kommt, denn wenn die Lehrer die Schüler nicht mehr kennen, haben sie auch größere Probleme, sich in der Schule durchzusetzen. Die bei den Sekundarschülern häufig an die Akzeptanz des Klassenlehrers gebundene Bereitschaft zur Mitarbeit lässt nach, und zwar abrupt, wenn nur ein Drittel der Schüler die eigenen sind.

Wir wollen die Elternarbeit an den Schulen auch nicht erschweren, auch das schildern die Schulleitungen und die Klassenlehrer. Der enge Kontakt zum Elternhaus, der in der Haupt- und Sekundarschule besonders hilfreich und notwendig ist, wird durch die vielen Kurse und die damit zu betreuenden Elternhäuser erschwert beziehungsweise wird auch unmöglich gemacht, weil man die Eltern nicht mehr erreicht. Dem Klassenlehrer ist selbst beim besten Willen zeitnahe Reagieren auf Fehlen oder Fehlverhalten und schnelles Informieren der Eltern oftmals nicht möglich. Man muss wie ein Schießhund durch die Schule rennen, um mitzubekommen, wer von der Klasse fehlt, wenn man die Klasse selten gemeinsam sieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Praxis zeigt, elf- bis fünfzehnjährige Sekundarschüler und -schülerinnen sind mit dem Kurssystem völlig überfordert. Die Klassenlehrerinnen und -lehrer verlieren den Einfluss auf ihre Schüler. Die Bürgerschaftsfraktion der Grünen bittet um Ihre Zustimmung zu dem Antrag, denn das Kurssystem arbeitet gegen die angestrebten Ziele, die diese Sekundarschule leisten soll. Es soll das Sozialtraining verbessert werden, es soll das Kommunikationstraining verbessert werden. Sie tragen als Große Koalition eine sehr große Verantwortung für eine Schulform, die sich im laufenden Betrieb erproben muss.

Die von der Leitung und der Lehrerschaft geforderten Korrekturen müssen möglich gemacht werden, um Klassenzusammenarbeit und Klassenzusammenhalt, Teamfähigkeit, Hilfsbereitschaft, Integration und Akzeptanz von Mitschülern und Klassenlehrerbezug überhaupt möglich zu machen. Das ist nicht mehr möglich. Auch die Kinder an der Sekundarschule brauchen eine Schule, in der man sich wohlfühlt, sie brauchen keinen Durchreisebahnhof, und sie haben auch das Recht darauf. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Stahmann, zwischenzeitlich konnte man gar nicht anders, als einige Ihrer Ausführungen mit einem gewissen Humor zu betrachten, denn das, was Sie uns hier vorgestellt haben, war das wunderbare pädagogische Konzept, das die Große Koalition 2004 wieder abgeschafft hat. Sie schwärmen immer noch von der Orientierungsstufe und merken gar nicht, dass dieses Konzept in Bremen schon längst gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch gut so, meine Damen und Herren, dass das von der Großen Koalition abgeschafft wurde.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist reine Polemik! - Abg. Pflugradt [CDU]: Was die Wahrheit ist, muss auch gesagt werden!)
Meine Damen und Herren, wir haben nun wirklich leidvoll erfahren, dass diese Binnendifferenzierung, von der Sie hier schwärmen, in der Realität

nicht funktioniert. Das haben wir leidvoll erfahren müssen. Es gab wunderbare Konzepte, und es hat auch seinerzeit trotz der Ablehnung der CDU insgesamt durchaus Ansätze gegeben, wo wir, und zwar während der Zeit, als wir in der Opposition waren, gesagt haben, das hat mir mein werter Kollege Klaus Bürger erzählt, wir arbeiten da konstruktiv mit, und man hat viel probiert. Das Konzept der Orientierungsstufe mit der Binnendifferenzierung ist in dieser Form gescheitert. Die Grünen wollen das wieder durch die Hintertür einführen. Das werden wir nicht mitmachen, liebe Frau Stahmann, um das in aller Deutlichkeit vorwegzusagen.

Es ist richtig, dass die Sekundarschule im Aufbau ist, die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule sind jetzt in der 7. Klasse, und es ist richtig, dass es noch einige Probleme gibt. Wir haben in der Stadtbürgerschaft und im Landtag mehrfach in dieser Legislaturperiode über die Frage der Ausgestaltung der verschiedenen Phasen der Sekundarschule der 5./6. Klasse, der 7./8. Klasse und vor kurzem auch noch einmal der 9./10. Klasse, der Berufsorientierung und der Erreichung des Berufsabschlusses, des Abschlusses der Berufsausbildungsreife detailliert gesprochen.

Es ist auch nicht so, dass Bremen hier einen Alleingang macht. Die CDU hat mehrfach das Bildungsressort aufgefordert zu schauen, was in anderen Bundesländern passiert. Bremen hat diese Sekundarschule nicht neu erfunden. Nach der Wahl 2003 ist diese Schulform auf Vorschlag der SPD eingeführt worden. Die CDU hatte sich strikt dagegen gewehrt.

Es zeigt sich auch, dass es richtig ist, dass seinerzeit eine Einheitsschule kam. Man hat sich seinerzeit auf ein dreisäuliges Schulmodell geeinigt und die Haupt- und Realschule zur Sekundarschule verschmolzen. Diese Form der Sekundarschule hat eine Zukunftschance verdient, weil sie das Ziel hat, Schülerinnen und Schüler zu einer Berufsausbildungsreife zu führen, und zwar bei einer Schülerschaft in Bremen, bei der wir uns zum Teil bis zu 15 Prozent eines Jahrgangs ohne Schulabschluss erlauben, meine Damen und Herren. Das können wir uns nicht leisten, das kann sich die Politik nicht leisten, das kann sich Bremen nicht leisten!

Wir müssen alles tun, um diese Schülerinnen und Schüler zu einer Berufsausbildungsreife, zu einem Schulabschluss, der etwas wert ist, zu führen. Dafür wollen wir die Sekundarschule stärken und nicht in irgendeiner Form schwächen, wie Sie das wollen, liebe Frau Stahmann.

(Beifall bei der CDU)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Bei allen vorgetragenen Detailfragen,

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Schule im Detail!)

Ihr Ziel, und das haben wir vor Kurzem an anderer Stelle diskutiert, ist nicht, die Sekundarschule zu stärken, liebe Frau Stahmann, das machen Sie an jeder anderen Stelle deutlich, Ihr Ziel ist die Einheitsschule. Sie wollen alle in eine Schule pressen, und Sie wollen auch die Sekundarschule wieder abschaffen. Ihnen liegt gar nichts an der Stärkung der Sekundarschule. Sie wollen die Menschen in einer Einheitsschule zusammenpferchen, und dagegen werden wir uns auch wehren, liebe Frau Stahmann.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen mit der Schulvielfalt auch Chancenvielfalt!

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Geht es um Kinder oder um Tiere? Pferchen!)

Im Rahmen der Schulvielfalt hat die Sekundarschule als Modell - 5./6. Klasse integriert, 7./8. Klasse differenziert, 9./10. Klasse abschlussorientiert - eine Chance verdient. Wir haben deutlich gemacht, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt. Die vorhandenen Probleme, jetzt komme ich auf das Schreiben zu sprechen, das der Schulleiter Lankenau des Schulzentrums Findorff im Namen der Arbeitsgemeinschaft geschrieben hat, sind unbestritten. Es gibt Probleme. Das ist uns auch bei verschiedenen Schulbesuchen vorgestellt worden. Ich glaube aber, dass diese Probleme gelöst werden können, wenn man auch das Rahmenmodell, das wir seinerzeit aufgestellt haben, ernst nimmt. Es kann nicht sein, dass es dort andauernd verschiedene Kurse gibt. Auch das ist angesprochen worden. Schulen müssen Möglichkeiten haben, hier zu arbeiten.

Ich habe mehrfach schon gesagt, dass es mein Eindruck ist, dass, zumindest aus politischer Sicht, von der Behörde mehr Handreichungen, Hilfestellungen, schulpolitische Entwicklungsarbeit für die Schulen hätten geleistet werden können. Den Schulen ist es im Wesentlichen selbst überlassen worden, alles selbst zu entwickeln. Dabei gibt es Erfahrungen aus anderen Bundesländern. Schulen greifen darauf zurück. Aber es gibt in der Behörde hinsichtlich der Schulprofilarbeit leider immer gewisse zeitliche Verzögerungen. Herr Senator, Sie wissen das, als wir über das Zentralabitur gesprochen haben, hatten wir da genauso wie beim Abschluss der Sekundarschule Meinungsverschiedenheiten. Es wäre von vornherein klug gewesen, wenn die Behörde 2003/2004 insge-

samt die Profile, die Curricula entwickelt hätte und nicht von Jahr zu Jahr mit der Schülerschaft vorangeschritten wäre. Dadurch entstehen natürlich auch Probleme.

Insgesamt werden wir uns den aufgezeigten Kritikpunkten der Arbeitsgemeinschaft der Sek-I-Schulleiter stellen. Wir werden dazu verschiedene Gespräche führen. Wir werden aber nicht das machen, was Sie von uns erwarten, Frau Stahmann, Sie erwarten von uns die Vergesamtschulung der Sekundarschule, das werden wir nicht zulassen. Die Menschen sind unterschiedlich, dafür brauchen wir unterschiedliche Antworten. Die unterschiedlichen Antworten sind unterschiedliche Förderbedarfe, die in den verschiedenen Schularten vorhanden sind. Dafür brauchen wir eine starke Sekundarschule. Dafür steht die CDU.

Die Sachfragen werden wir dann sicherlich in der Bildungsdeputation und am besten auch außerhalb der Wahlkampfzeit klären. Für uns ist völlig klar, die Sekundarschule hat eine Zukunftschance verdient, und die werden wir ihr auch geben! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Schulleiter der Sekundarstufe I haben um die Aufhebung des Zwangs zur äußeren Differenzierung gebeten. Die Grünen greifen das in ihrem Antrag auf. Ich habe meiner Fraktion bei der Debatte über den Antrag der Grünen empfohlen, diesen Antrag anzunehmen, weil ich ihn inhaltlich für richtig halte. Die CDU möchte das nicht. Wir halten uns an die Koalitionsvereinbarung, und wir werden diesen Antrag daher heute ablehnen. Damit ist das Thema nicht vom Tisch.

Ich habe diese Ausführungen an den Anfang meiner Rede gestellt, um deutlich zu sagen, dass meine Fraktion diesem Antrag gern gefolgt wäre, denn, meine Damen und Herren, nach KMK-Regelung ist das möglich. Die Kultusministerkonferenz fällt auch nicht vom Himmel, sondern bekanntlich ist darin auch eine ganze Reihe von CDU-Bildungsministerinnen und -ministern vertreten. Dort ist es möglich.

Man muss ein besonderes pädagogisches Konzept haben und entwickeln. Das muss man vor-

* Von der Rednerin nicht überprüft.

stellen, das muss fachlich von der Behörde genehmigt werden. Wir wollen der Behörde auch nicht absprechen, dass sie das auch genehmigen kann. Es muss begleitende Fortbildungsmaßnahmen geben und natürlich Kriterien, wie man das Ganze schließlich überprüft und die positive Wirksamkeit dieses Unterrichtskonzeptes auch belegt. Ich habe mich gefragt, und viele von Ihnen, die diese ganzen bildungspolitischen Debatten in einer gewissen Tiefe gehört haben, haben sich auch gefragt, was eigentlich dagegen spricht. Jetzt haben wir einen ganz interessanten neuen Begriff gehört, nämlich eine Vergesamtschulung der Sekundarschule. Meine Damen und Herren, da wurde mir ganz angst und bange! Ich glaube, davor sind wir gefeit.

Ich habe eben von Frau Stahmann gehört, dass die Kinder in der Sekundarstufe völlig überfordert sind. Auch das finde ich hier als Hinweis übertrieben. Ich erinnere mich daran, wie wir für die verlässliche Grundschule die schwärzesten Bilder einer völligen Überforderung der Kinder an die Wand gemalt bekommen haben, dass die Kinder weggeschlossen würden. Ich glaube, man sollte gelassen, mit Augenmaß und auch mit Fachverstand an diese Frage herangehen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich kann man auch nicht so argumentieren, wie es immer gerade passt, wie das der Kollege Rohmeyer gesagt hat, Binnendifferenzierung funktioniert in Schulen nicht. Das ist richtig falsch, Herr Rohmeyer!

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Haben auch die Grünen gesagt!)

Dann zu sagen, weil das in zwei Jahren Orientierungsstufe nicht funktioniert hat, würde es insgesamt nicht funktionieren, das scheint mir doch dem Wahlkampf mehr geschuldet zu sein als dem Fachverstand, den Sie natürlich inhaltlich auch haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Debatte zur Schulstruktur, das haben Sie eben gehört, ist gerade im Zusammenhang mit der Entwicklung der Hauptschule in der gesamten Republik in vollem Gange. Bekanntlich schätzt man in der CDU die Hauptschule sehr, die Eltern allerdings nicht so sehr, denn die Eltern laufen dieser Schuleinrichtung scharenweise weg.

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, weil ich mir schon gut vorstellen konnte, wie diese Debatte läuft, einmal zu schauen, was in der Republik

eigentlich los ist. Expertengruppen warnen übrigens auch und gerade in der CDU und in von der CDU geführten Ressorts, Beispiel Hessen, ich werde das gleich belegen, vor frühzeitiger äußerer Leistungsdifferenzierung. In Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren, hat die Koalition aus CDU und SPD gerade die Einführung einer neuen Gemeinschaftsschule beschlossen. Im von der CDU regierten Hamburg sprach sich eine Enquete, eine Expertenkommission, gerade für ein Zweisäulenmodell aus Gymnasium und Stadtteilschulen aus.

Jetzt komme ich zum Musterland Baden-Württemberg! Ich komme natürlich nicht sofort mit dem baden-württembergischen Handwerksverband - Herr Rohmeyer hat schon Angst, dass gleich wieder die Handwerker kommen -,

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Nein!)

der schon vor Jahren das dreigliedrige Schulsystem als komplett überholt bezeichnet hat. Nein, in Baden-Württemberg plädieren namhafte Bildungsforscher und Vertreter der Wirtschaft dafür, das veraltete deutsche Schulsystem mit der frühen Selektion der Kinder im Alter von zehn Jahren, meine Damen und Herren, aufzuheben.

(Beifall bei der SPD)

Nun könnte und werde ich auch noch Christian Pfeiffer, bundesweit renommierter und talkshow-erfahrener Kriminologe, zitieren, der sogar sagt, das Schulsystem von vorgestern sei ein Hauptfaktor für Jugendkriminalität und Gewalt, weil eben viele problematische Schülerinnen und Schüler zusammengeführt werden.

Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren! Viele Eltern finden hier für ihre Kinder keinen Platz in Gesamtschulen. In Emstätten prüft die Stadtverwaltung nun auf Antrag der CDU die Umwandlung der örtlichen Hauptschule in eine Gesamtschule!

Die Debatte über das tradierte Schulsystem der Bundesrepublik ist in vollem Gang, wir haben das heute deutlich gehört. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück. Pisa, rückläufige Schülerzahlen und immer überzeugender werdende wissenschaftliche Untersuchungen werden diese Debatte übrigens auch weiter beschleunigen. Das ist unaufhaltsam. Ich bin da komplett gelassen, weil ich weiß, dass wir hier in drei, vier Jahren über ganz andere bildungspolitische Entscheidungen Debatten hören werden als heute, und ich glaube, das löst sich dann auch auf.

In Bremen haben wir mit der Einführung der Sekundarschule einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht. Dass das nicht gleich rund läuft, ist völlig klar. Die Aufhebung der äußeren Fachleistungsdifferenzierung wird, davon bin ich ganz fest überzeugt, bald folgen, möglicherweise auch dadurch, dass die Behörde es einfach administrativ nach Prüfung genehmigt, auch das ist keine bildungspolitische Entscheidung der Deputation oder des Parlaments, auch wenn die CDU das heute dem Wahlkampf geschuldet noch nicht so sehen möchte.

Nach meinen Informationen hat übrigens der Fraktionsvorsitzende Herr Perschau Anfang Januar in Findorff öffentlich seine Unterstützung für die Schulleiter deutlich gemacht

(Abg. Frau Busch [SPD]: So ist es!)

und gesagt, dass er diese fachlich begründete Aufhebung der äußeren Leistungsdifferenzierung unterstütze. Ich glaube, es ist auch unwidersprochen, es waren genug Leute da.

Heute folgen diesen Worten leider noch keine Taten, also ist das ein sicherer Fall für die Wiedervorlage in der nächsten Legislaturperiode, ich hoffe, vielleicht auch für ein administratives Handeln der Behörde. Die Behörde soll das fachlich prüfen und genehmigen, wenn dahinter gute Konzepte stehen. Ich denke, dass, genauso wie die Zensurengebung in der Grundschule, die auch Unsinn ist, dieses Thema hier vielleicht noch einmal diskutiert wird, aber sich sehr bald über den Schulalltag und dann eben auch über die sorgfältige Evaluation der Ergebnisse erledigen wird.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, empfehle ich eigentlich Gelassenheit. Solche Wortgetüme und Überzeichnungen, die wir hier gehört haben - völlig überforderte Kinder, die gar nicht mehr lernen können, sich solidarisch untereinander zu verhalten -, halte ich für völlig unangemessen. Lassen Sie uns das einmal ruhig betrachten, hören wir auf den fachlichen Rat aus den Schulen, hören wir bitte auch auf den fachlichen Rat in der Republik, der mittlerweile auch große Teile der Christdemokraten in der Republik im positiven Sinne erreicht hat!

Die SPD-Fraktion würde gern dem Antrag zustimmen, macht es heute aber nicht. Ich habe Ihnen deutlich gemacht, wie die Perspektive aus meiner Sicht sein wird, und daran dürfen Sie mich dann messen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die Koalition endlich einmal auf die Anregungen hört, die aus den Schulen kommen, wäre ja aus Sicht der grünen Bürgerschaftsfraktion ein echter Fortschritt hier im Hause!

Frau Hövelmann, ich kann nicht erkennen, dass wir das an dieser Stelle überzeichnen. Wir haben ja einen Brief bekommen, der von der AG der Schulleitungen unterschrieben ist. Hinter dem Brief, Herr Rohmeyer hat ja gesagt, Herr Lanekau ist von der AG der Schulleitungen beauftragt worden, das an den Senator für Bildung und Wissenschaft weiterzuleiten, versammeln sich alle Schulleitungen und auch Klassenlehrer, die bei diesen Diskussionen dabei waren. Ich finde, da kann man nicht sagen, man überzeichnet das an der Stelle, weil eben diese Klassenlehrer und Schulleitungen sagen: Verlust der Klassengemeinschaft, mangelnder Kontakt zum Klassenlehrer, Vandalismus in fremden Räumen, Unruhe und Zeitverlust, absolute Überforderung der Schülerinnen und Schüler. Wir müssen das hier diskutieren! Man kann das nicht als eine völlige Überzeichnung an dieser Stelle abtun.

Sie haben die Schulform eingerichtet, Sie sind dafür verantwortlich, dass die Schulen überhaupt Unterricht machen können! Die Schulen melden Land unter und sagen, es gibt große Probleme. Herr Rohmeyer, Frau Hövelmann, sie nehmen Sie ernst mit dem, was Sie gesagt haben! Sie sagen: Wir sollen die Schüler unterrichten, wir sollen die äußere Differenzierung durchführen, wir sollen bestimmte Inhalte vermitteln. Sie stellen fest, dass das nicht klappt, und sie verlangen eine Antwort der Politik! Wenn ich jetzt von Frau Hövelmann höre, dass man auch auf administrativem Wege für eine Lösung sorgen könnte, indem der Bildungssenator nach Prüfung das den Schulen zugesteht und durch Begleitung der Schulaufsicht auf die äußere Differenzierung verzichtet, dann würde ich das als sehr positiv empfinden.

Das, was Herr Rohmeyer hier vorgetragen hat, finde ich teilweise so absurd, dass ich darauf gar nicht eingehen möchte. Das Problem ist bekannt, wir haben 500 Jugendliche, die ohne Schulabschluss abgehen. Herr Rohmeyer, glauben Sie doch nicht, dass durch diesen Wanderzirkus, den Sie jetzt in den Schulen veranstalten, diese 500

* Von der Rednerin nicht überprüft.

Jugendlichen ihren Schulabschluss bekommen!
Das ist doch total absurd an dieser Stelle!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal zum Thema CDU und Einheitsschule! Auch wenn Sie immer behaupten, SPD und Grüne seien für eine Schule, in die man hineingeht und dann uniformiert mit Gehirnwäsche und allem drum und dran, mit Stempel auf der Stirn wieder herausgeht, irgendwie Rot-Grün geschädigt, dann ist das absoluter Quatsch! Ich habe schon einmal zu Ihnen gesagt: Die Bundeskanzlerin war in so einer Schule,

(Zuruf des Abg. Rohmeyer [CDU] - Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Habe ich das nicht gesagt?)

wie Sie sie gerade bezeichnen, Fraktionskollegen von Ihnen waren in einer sogenannten Einheitschule. Stellen Sie sich dann doch nicht hin und sagen: Diese Schule bringt lauter schlechte Schüler und unfertige Menschen hervor!

Wir wollen eine Schule, in der die Kinder länger gemeinsam lernen, wir wollen eine Schule, in der Kinder individuell gefördert werden. Das ist etwas ganz anderes als das, was Sie hier als Schwarzmaleri an die Wand malen. Das ist eine Schule, in der Lehrer pädagogisch total gefordert sind. Das stellt sehr hohe Anforderungen an die pädagogische Ausbildung der Lehrer, weil es schwieriger ist, die Schüler unterschiedlich zu fördern. Ich finde, da können Sie auch nicht die Augen verschließen und sagen: Das ist alles Unsinn und Einheitsschule, und die Grünen und die SPD wollen ein total bescheuertes Schulmodell installieren.

Das ist das Schulmodell, das in Europa mehrheitlich eingeführt ist. Wir können uns hinstellen und sagen: Die anderen sind die Geisterfahrer. Wir können uns aber auch einmal selbst fragen: Sind wir eigentlich die schulpolitischen Geisterfahrer hier in Europa? Da kann die CDU sagen, die anderen seien die Geisterfahrer. Wir sagen: Vielleicht sind wir die Geisterfahrer an dieser Stelle! Das muss die CDU auch noch einmal zur Kenntnis nehmen.

Vergesamtschulung der Sekundarschule! Herr Rohmeyer, ich möchte Ihnen noch einmal etwas sagen: Es ist ein tolles Wort, aber geben Sie doch einmal hier eine Antwort darauf, wie Sie damit künftig umgehen wollen, wenn 54 Prozent der Bremer Schülerinnen und Schüler jetzt zum Gymnasium gehen! Die Gymnasien sind doch auf dem Weg zur Gesamtschule. Wo sind denn die Maßnahmen, die die CDU jetzt für die Lehrerinnen und

Lehrer, die schon vorgestern im Umgang mit der Vielfalt von heterogenen Klassen hätten fortgebildet werden müssen, bereitstellt? Das sind doch schon Schulen, die sich auf den Weg zur Gesamtschule machen. Die CDU benennt es nicht, aber das müsste die CDU doch sagen!

Sie stehen doch eigentlich für eine Eliteförderung und haben immer gesagt: Wir wollen eine Eliteförderung. Aber das ist doch nicht das, was im Augenblick in Bremen passiert! 70 Prozent der Bremer Schülerinnen und Schüler sind gefühlt gymnasial, 54 Prozent gehen zum Gymnasium, ein weiterer Anteil ist an den Gesamtschulen. Da muss man doch einmal sagen, es ist positiv, dass die Eltern den Kindern den besten Bildungsweg mitgeben wollen. Sie aber geben den Schulen keine Antwort, wie sie mit dieser Vielfalt umgehen, Sie setzen auf alte Rezepte und machen eine Schule, die den Kindern nichts nützt, die keine besseren Bildungsergebnisse bringt. An der Stelle lassen Sie die Sekundarschulen im Stich.

Sie lassen als Große Koalition die Schulen im Stich. Das macht die SPD hier auch, windet sich windelweich heraus, obwohl sie die Mehrheit in dieser Koalition hat. Sie könnte auch eine Entscheidung in der Sache erzwingen, das haben wir hier schon oft erlebt. Dieser Gesang jetzt hier im Wahlkampf, auch auf allen Veranstaltungen, man sei für eine einheitliche Lehrerausbildung, man sei gegen Ziffernzeugnisse, man sei gegen das Sitzenbleiben, man sei für eine neunjährige gemeinsame Schule! Ich glaube es Ihnen allen!

Sie hätten in dieser Legislaturperiode mit den Grünen die Chance gehabt, in diese Richtung Entscheidungen zu treffen. Das haben Sie nicht gemacht. Sie sind der CDU aufgesessen, die sich in diesem Bereich in der Bildungspolitik weitgehend durchgesetzt hat. Wir bedauern das. Aber die SPD lassen wir an dieser Stelle auch nicht aus ihrer Verantwortung, die tragen Sie genauso wie die CDU. Sie haben diese Schulform hier im Stich gelassen!

Die Lehrer sind diejenigen, die am Ende vor der Klasse stehen und mit den Problemen dort fertig werden müssen. Ich hoffe, dass der Bildungssektor weiß, dass er die Verantwortung dafür trägt, wenn die Bürgerschaft sich nicht traut, den Schulen zu helfen, und in dieser Frage entscheidet. - Aber keine Wackelpuddingentscheidung, Kollegin Hövelmann! Sie können auch die Hand heben, es liegt ein Antrag auf dem Tisch. Stimmen Sie dem Antrag der Grünen zu, das wäre der klare Weg! - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind dann immer die Sternstunden der Bildungspolitik, die der Senator einer Großen Koalition hier fast zu ertragen habe, denn, wissen Sie, im Fokus meiner Politik ist nicht die ideologische Auseinandersetzung über Schulpolitik in Bremen, sondern für mich steht in erster Linie die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler mit einem meistens schwierigen Hintergrund im Fokus. Gehen Sie in die Klassen, gehen Sie in die Sekundarschulen, dann werden Sie sehen, mit wem Sie es zu tun haben! Dort setze ich an! Das ist vielleicht der einzige Punkt, in dem ich heute bei der Debatte Herr Rohmeyer zustimmen würde: Die Berufsausbildungsreife ist besonders wichtig in diesem Schülerklientel.

In allen anderen Bereichen kann ich Ihnen heute leider gar nicht zustimmen, weil Sie sagen, in der Orientierungsstufe habe es nicht geklappt. Natürlich hat es in der Orientierungsstufe nicht geklappt. Aber ist die Orientierungsstufe vergleichbar mit der Sekundarschule? Das wissen Sie selbst, Sie sind lange genug dabei, natürlich nicht! Sie haben den ganzen gymnasialen Anteil in der Orientierungsstufe, sie hatten Lehrerinnen und Lehrer, die - bis auf ganz wenige Ausnahmen - an der Universität nicht auf binnendifferenzierten Unterricht vorbereitet worden waren, aber die gab es in der Regel in der Orientierungsstufe nicht. Das waren unsere Erfahrungen. Sie haben nach Klasse 4 und nach Klasse 6 damals die Kinder getrennt, was objektiv falsch war! Deshalb glaube ich, dass viele der Argumente, die uns jetzt aus den Schulen erreichen, richtig sind. Ich kann nicht sagen, wir haben ein neues System angefangen, und da gibt es ganz konkrete Erfahrungen.

Es hat mir ein bisschen weh getan, dass Sie die Urheberin Ihrer Rede hier nicht zitiert haben, weil Sie fast wörtlich das zitiert haben, was diese offensichtlich sehr engagierte Lehrerin aus dem Schulzentrum Findorff uns allen gegeben hat. Diese Argumente sind bis auf ganz wenige nicht zu entkräften, die stimmen! Sie hat recht, wenn sie sagt, es sei Unsinn, dass diese Kinder, wenn sie in die achte Klasse kommen, nur noch vier Stunden gemeinsam im Klassenraum verbringen. Das ist pädagogisch nicht sinnvoll!

Es ist auch nicht sinnvoll, Herr Rohmeyer und auch liebe Abgeordnete der CDU, wenn wir sagen, wir haben eine homogene Gruppe. In Findorff kann ich mir die relativ homogen vorstellen, das ist ein bürgerlicher Stadtteil mit sehr engagierten Familien im Hintergrund, die ihre Kinder dort

auch entsprechend fördern. Wenn mir die Lehrerinnen dort sagen, in dieser homogenen Gruppe ist es völlig idiotisch, jetzt noch eine Differenzierung herbeizuführen, warum soll dann Bildungspolitik aus rein ideologischen Gründen sagen, ihr habt aber zu differenzieren, weil das von uns so unbedingt ideologisch gefordert und durchgesetzt wird? Da, muss ich Ihnen sagen, kann ich Ihnen nicht folgen, sondern da, glaube ich - und wenn das nicht nur eine durchgeknallte Schule ist, sondern wenn das alle sagen -, muss dann auch die Bildungspolitik von den Dingen lernen, die wir von den Praktikern übermittelt bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen fragen: Sind wir nicht klug, wenn wir diesen Weg zumindest eröffnen, nicht jedem, nicht einem Gemischtwarenladen, nicht sagen, jeder macht hier, was er will? Da hat Herr Rohmeyer in der Frage auch recht, da gibt es keinen Zweifel. Ich würde unbedingt sagen, es muss vorab eine Antragsgeschichte laufen. Die müssen nachweisen, dass sie Weiterbildung gemacht haben, was binnendifferenzierten Unterricht angeht. Wir müssen hineingehen, müssen das auch nachprüfen, das muss ein sehr geordnetes Verfahren sein. Wenn ich heute die Möglichkeit hätte, würde ich sagen, ich würde mich freuen, wenn der Antrag in ähnlicher Form heute vom Haus so beschlossen würde. Das wird er nicht.

Ich sage aber auch ganz klar und deutlich: Ich werde mich mit den Initiatoren zusammensetzen, um die Argumente, die uns hier genannt worden sind, noch einmal sehr differenziert zu überprüfen. Wenn es im Interesse der Schülerinnen und Schüler und der Weiterentwicklung der Schulen ist, um den Schülern zu zeigen, wir bilden eine Klassengemeinschaft, wir sind sozial stabilisiert, wir müssen nicht der Schule entweichen, indem wir Unterricht schwänzen, wir fühlen uns dort wohl, wir sind willkommen, dann möchte ich auch überprüft haben, ob es nicht nach dem Schulgesetz und nach den Mitteln, nach den Möglichkeiten der Kultusministerkonferenz für den Senator und für die Behörde die Möglichkeit gibt, das in Ausnahmefällen auf der Basis der Regularien der KMK und des Bremer Schulgesetzes durchzuführen. Das ist meine pädagogische Auffassung zu dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe eingangs gesagt, es ist sehr schwer innerhalb einer Großen Koalition in allen Bereichen. In vielen Bereichen haben wir eine große Zustimmung. Es ist Gott sei Dank ein Segen, liebe Frau Stahmann, dass wir so viele Dinge positiv auf den Weg gebracht haben.

Ich freue mich im Übrigen, Frau Stahmann, im Gegensatz zu Ihnen und der GEW, für unsere Grundschüler der Klasse 4, wenn in diesem Jahr anderthalb Prozent mehr eine Gymnasialempfehlung erhalten, als es im Vorjahr der Fall war. Da freut sich der Bildungssenator, wenn die Lehrer sagen: Jawohl, du hast dich so gut in den ersten 4 Schuljahren entwickelt, das bekommst du von der Schule mit einer Empfehlung für das Gymnasium dokumentiert. Sie mögen da eine andere Auffassung haben, aber meine Auffassung ist, dass ich mich über gute Leistungen von Bremer Schülerinnen und Schülern freue. Ich hoffe, dass das so weitergeht und dass wir möglichst die Abiturientenzahlen in den nächsten Jahren noch deutlich steigern.

Eines kann ich mir im Übrigen nicht verkneifen, liebe Frau Stahmann! Ich habe mich letzte Woche sehr über einen neuen Verband geärgert, der gegründet worden ist. Ich habe gedacht, Mensch, da bildet sich ein neuer Verband, wir haben ja nicht genügend Verbandsarbeitende an den Bremer Schulen, es bildet sich ein neuer, okay. Ich denke doch, fortschrittliche, engagierte Schulleiter kümmern sich darum, wie verbessern wir unsere Schulen, wie verbessern wir Unterrichtsqualität, wie können wir gemeinsam mit Politik, mit den Unternehmen, mit der Bildungsbehörde daran arbeiten, unsere Schulen zu verbessern. Das Erste, was sie machen, ist eine Umfrage mit dem Ziel zu zeigen, erstens, wie schlecht diese Bildungspolitik ist, und zweitens, wie schlecht die Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses ist.

Gar nichts gelernt, liebe Frau Stahmann! Ich kann nicht dauernd nur sagen, was in diesem Land schlecht ist. Wir haben unglaublich gute Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben gerade in den letzten Jahren unglaublich viele gute Projekte nach vorn gebracht. Wir müssen der Öffentlichkeit zeigen, welche Erfolge wir gemeinsam mit den Schulen erzielt haben!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Zur Frage der Statistik muss ich Ihnen auch noch ein Letztes sagen! Liebe Frau Stahmann, Sie haben eben gesagt, 70 Prozent der Schulleiterinnen und Schulleiter sehen nicht die Ziele der Bildungspolitik in diesem Land. Eine fein gefälschte Statistik! Es haben 40 Prozent geantwortet, davon haben 70 Prozent gesagt, sie erkennen das nicht. Es verbleiben 28 Prozent der Bremer Schulleiter, die die Ziele der Bildungspolitik nicht sehen. Das nur für Sie für den nächsten Statistikkurs! - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)^{*)}: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, Sie sind momentan im Wahlkampf bei gar nicht so vielen Bildungsveranstaltungen angekündigt, aber es wäre einmal schön, Sie dort zu hören! Dabei gibt es natürlich durchaus Probleme, das kann man gar nicht abstreiten. Wenn sich Personalräte durchklagen müssen, um mit dem Senator zu sprechen, ist das auch nicht das, was wir uns wünschen.

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Das muss uns gerade die CDU sagen!)

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal zwei, drei Legendenbildungen entgegentreten. Ich habe deutlich gesagt, wir müssen über Probleme, die im Detail vorhanden sind, reden. Ich glaube aber, dass das Plenum der Bürgerschaft dafür nicht der richtige Ort ist. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass dieses etwas ausufernde Kursystem, darüber haben wir auch schon in der Deputation gesprochen, noch einmal überarbeitet wird. Aber zu der Differenzierung in den Kernkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen und Fremdsprache stehen wir ganz deutlich, weil wir hier gezielt fördern müssen. Das erreichen wir mit der äußeren Differenzierung nach unserer Auffassung besser.

Das sehen Sie auch in den Bundesländern, in denen dies so gemacht wird, in denen dies erfolgreich gemacht wird und in denen es eine deutlich geringe Zahl von Schülerinnen und Schülern gibt, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Von daher, meine Damen und Herren, kann es für Bremen wirklich auch einmal gut sein, in Bundesländer zu schauen, die dieses Modell erfolgreich fahren, in denen dies seit vielen Jahren erfolgreich funktioniert.

Wir kennen doch die Bremer Situation, meine Damen und Herren. Der Bremer akzeptiert nichts, was in Bremen nicht schon vorher jahrelang irgendeine Tradition hat. Etwas Neues wird erst einmal in hohem Maß skeptisch angesehen.

Dann gibt es da noch die Opposition, die GEW und einige Teile unseres Koalitionspartners, die sowieso schon die ganze Zeit sagen, die Sekundarschule wird nicht akzeptiert, die das Totenglöcklein die ganze Zeit durch die Stadt tragen. Meine Damen und Herren, unter solchen Rahmenbedingungen ist es doch völlig klar, wie die

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

öffentliche Debatte läuft, weil auch die Medien in Bremen so sind, wie sie sind. Wir halten daran fest, wir haben da eine klare bildungspolitische Aussage nach erfolgreichen bildungspolitischen Vorbildern aus Bundesländern, die bildungspolitisch deutlich erfolgreicher gearbeitet haben als Bremen in der Vergangenheit.

Die Große Koalition hat hier in den letzten Jahren wirklich Pflöcke eingeschlagen, und wir werden auch dafür sorgen, dass diese Pflöcke im Boden bleiben, liebe Frau Stahmann. Wir werden uns heute Abend bei der GEW im Konsul-Hackfeld-Haus wieder über die Sekundarschulreform streiten, wobei wir uns immer fragen, wer von der SPD eigentlich redet. Das ist momentan immer eine beliebte Beobachtung, die man macht, wer eigentlich was für die SPD erzählt. Das sind momentan vier bis fünf verschiedene Schattierungen, aber es entspricht eigentlich nie dem, was hier im Plenum gesagt wird. Es ist sehr lustig!

Meine Damen und Herren, der bildungspolitische Kurs dieser Koalition wird im Wesentlichen von der CDU bestimmt. Das war in der Vergangenheit so, das wird in der Zukunft so sein, und wir werden mit dem Bildungssenator dann auch in Zukunft genau diese Detailfragen - wohin sie gehören - in der Bildungsdeputation besprechen. Wir werden dafür sorgen, dass dies zum Wohl der Schülerinnen und Schüler passiert, aber nicht, und das weise ich energisch zurück, auf der Grundlage irgendeiner ideologischen Ausrichtung. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur noch einige kurze Anmerkungen machen. Ich finde, als Bildungssenator, Herr Senator Lemke, kann man zu einer Schulleitungsvereinigung stehen, wie man will, aber ich finde, man darf nicht Gefahr laufen - das ist eine Vielfalt von Schulleitungen, ich sage einmal, auch aus unterschiedlichen Schulen, mit unterschiedlicher Erfahrung -, das Engagement, und das ist auch Engagement über die Arbeit hinaus, die die Schulleiter da an den Tag legen, hier im Hause zu diskreditieren. Das würde ich für falsch halten. Ich hätte richtigerweise sagen müssen, das erkenne ich

auch an, 70 Prozent der befragten Schulleiter sind unzufrieden.

Es sind aber immerhin 63 Schulen, die geantwortet haben. Ich finde, wenn von 63 Schulen 70 Prozent der Schulleiter sagen, sie verstehen die Ziele der Bildungspolitik nicht, die Jahresplanung wird nicht besprochen, bestimmte Prozesse werden nicht eingehalten, es wird nicht auf Briefe geantwortet, dann sind das Dinge, die die Große Koalition von den Schulen fordern muss. Wenn Schulen so etwas melden, dann müssen doch auch beim Bildungssenator die Alarmglocken klingeln. Man kann das nicht abtun und sagen, das Erste, was sie machen, ist so eine Anfrage, um mich in die Pfanne zu hauen. Das machen sie eben nicht!

Ich habe erlebt, dass diese Schulleitungen sehr an Qualitätsprozessen interessiert sind. Es sind vor allen Dingen auch Schulleiter, die in ihren eigenen Schulen Maßnahmen wie Q2E, Qualitätsentwicklung an den Berufsschulen, in den Oberstufen, aber auch in den Sekundarstufen I treffen. Das kann man dann an dieser Stelle auch nicht abtun und veralbern. Ich finde, man muss sich auch mit diesen Ergebnissen ernsthaft auseinandersetzen.

Ich verlange einfach von Ihnen als Senator und auch von der Großen Koalition, dass man jetzt nicht sagt, da ist ein ehemaliger Abgeordneter der Grünen Mitglied, da ist klar, in welche Richtung das läuft. Es sind auch andere Schulleiter in diesem Vorstand tätig, die anderen Parteien angehören. Ich glaube, darauf hat der Schulleiterverband schon geachtet, dass man an dieser Stelle auch eine gewisse Breite repräsentiert. Ich verlange einfach, dass über diese Ergebnisse gesprochen wird. Ich finde, es ist eine Bankrotterklärung, wenn gesagt wird, die Bildungsbehörde antwortet nicht mehr auf Briefe, Anrufe würden nicht beantwortet, wenn sich Schulleitungen melden, Probleme, die gemeldet werden, werden nicht gelöst. Das ist Aufgabe der Bildungsbehörde, und darum muss sich die Behörde auch kümmern, genauso wie sie sich darum kümmern muss, was aus den Sekundarschulen wird.

Ich will das auch nicht überstrapazieren, Herr Rohmeyer, aber ich finde, Sie haben die Sekundarschulen mit der SPD beschlossen. Wenn Sie sagen, Sie nehmen die Schulleitungen, die Experten ernst,

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Wir fühlen uns dafür auch verantwortlich, aber wir nehmen das ernster!)

dann fühlen Sie sich verantwortlich, und schaffen Sie eine Lösung! Aber das, was Sie machen, ist ein Eiertanz und hilft den Schulen nicht weiter. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/668 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.
Mai 2001
5. Änderung
(ehemals 88. Änderung des Flächennutzungs-
plans Bremen 1983)
- Osterholz (Osterholzer Feldmark) -
Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2007
(Drucksache 16/669 S)**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Neumeyer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dillmann.

Abg. **Dillmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der heute vorliegenden 5. Änderung des Flächennutzungsplans und der ebenfalls dem Landtag vorliegenden 13. Änderung des Landschaftsprogramms billigen Sie, sofern Sie es beschließen, die Zerstörung eines der letzten Grüengebiete im Bremer Osten, die Osterholzer Feldmark. Die Os-

terholzer Feldmark hat mit ihrer Größe von über 220 Hektar eine wertvolle Funktion für den Landschaftsschutz, das lokale Klima und das Stadtbild. In der vorgelegten Bewertung der Umweltauswirkungen heißt es: „Im Bereich der Osterholzer Feldmark kommen streng geschützte Arten nach Paragraph 10 Bundesnaturschutzgesetz vor. Sie sind durch die Planungen betroffen. Dazu gehören Kiebitz, Mäusebussard, Wachtelkönig und verschiedene Fledermausarten. Die Beeinträchtigungen der besonders wertvollen Vogelwelt, insbesondere der gefährdeten Arten, kann nicht vermieden werden. Die besonderen Funktionen sind nicht ausgleichbar.“

Allein diese Zeilen machen deutlich, es geht nicht um irgendeine Wiese, nein, es geht um eines der letzten innerstädtischen Grüengebiete im Bremer Osten. Historisch betrachtet hat die Osterholzer Feldmark eine über achthundertjährige Geschichte als Kulturlandschaft. Als eines der letzten funktionierenden Reihendörfer lässt sich die hollerländische Siedlungsstruktur nachvollziehen.

Zu den Auswirkungen auf das Klima heißt es - ebenfalls in der Vorlage: „Besonders bei windarmen sommerlichen Hochdruckwetterlagen entstehen bereits während der Abendstunden günstige Klimaverhältnisse. Es steht kühle Luft bereit, um in die angrenzenden Teilräume zu fließen.“ In Anbetracht des prognostizierten Klimawandels würden sich zukünftige Generationen sicherlich freuen, ein wenig Abkühlung zu bekommen, anstatt durch eine weitere bauliche Verdichtung neue Wärmeinseln zu schaffen. An der Stelle kann man ganz eindeutig sagen, Klimaschutz fängt vor Ort an.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allein diese Hintergründe lassen für das Bündnis 90/Die Grünen nur eine Ablehnung zu. Unter Betrachtung des Planungsprozesses sowie der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wird die Zustimmung der Großen Koalition zur Änderung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms allerdings noch unverständlicher. Mitten in ein laufendes Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das städtebauliche Entwicklungsgebiet Osterholzer Feldmark soll kurz vor den Wahlen die veränderte Flächennutzungsplanung und die Aufhebung des Landschaftsschutzes im Landschaftsprogramm erfolgen. Dabei haben die klagenden Eigentümer schon einmal vor dem Bundesverfassungsgericht recht bekommen. Das macht deutlich, dass die erneute Klage nicht aussichtslos ist. Dennoch soll jetzt die Planänderung völlig unnötigerweise durchgesetzt werden.

Diese Vorgehensweise erinnert doch sehr stark an einen Ihrer zahlreichen Amtsvorgänger, Herr Senator Neumeyer, und zwar an den früheren Bausenator Dr. Schulte. In meiner Zeit als Beiratsmitglied habe ich Herrn Bausenator Dr. Schulte erlebt. Er hat vor Ort in der Beiratssitzung vor mehreren 100 Besuchern erläutert, wie die städtebauliche Entwicklungssatzung zur Osterholzer Feldmark aussehen soll. Dabei sagte er den Besuchern und dem verblüfften Beirat: Sie können reden, was Sie wollen, wir entscheiden. Diese Art und Weise der Entscheidung sehen wir heute wieder. Diese Arroganz der Macht setzt sich an dieser Stelle ganz eindeutig fort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe von der CDU)

Wäre es nicht angebracht, das laufende Verfahren abzuwarten, bevor Veränderungen im Flächennutzungsplan und im Landschaftsprogramm vorgenommen werden? Aber Sie wollen nachdenkliche Beiträge nicht zur Kenntnis nehmen, weder vom Beirat noch von protestierenden Bürgern oder wissenschaftlichen Instituten.

Der demografische Wandel führt zu einer eindeutigen Veränderung unserer Bevölkerungsstruktur. Kurz zusammengefasst könnte man sagen, die Menschen werden immer älter, es wird immer mehr Ein- und Zweipersonenhaushalte geben, die traditionelle Gruppe des Wohnungsmarkts, die Familien, verliert immer mehr an Bedeutung. Das Gewos-Gutachten zur Entwicklung der Wohnungsmärkte bis 2020 kommt zu dem Ergebnis, dass die Einwohnerzahl bis 2020 um 1,5 Prozent sinken wird. Völlig übertriebene Wachstumsszenarien, wie wir sie noch aus dem Stadtentwicklungskonzept von 1999 kennen, Zielszenario II, Zunahme um 44.000 Bürger, wird es nicht geben. Vor diesem Hintergrund nun die Osterholzer Feldmark als großflächiges Neubaugebiet für 2000 Einfamilienhäuser auszuweisen, geht völlig am Bedarf vorbei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stattdessen muss es darum gehen, für andere Haushaltstypen Angebote zu entwickeln. Gemeint sind insbesondere Singles, Alleinerziehende und Senioren. Gerade die letztgenannten Zielgruppen bevorzugen aber stadtnahe Wohngebiete, sodass der Sicherung urbaner Stadtteile, der Qualifizierung des Wohnungsbestandes, der Bereitstellung generationengerechter Wohnformen eine hohe Bedeutung zukommt. All dies lässt sich mit einem großflächigen Neubaugebiet von Einfamilienhäusern nicht realisieren.

Schon heute sind am Markt neu zu bauende Einfamilienhäuser nur schwer zu platzieren. Dies zeigt sich beispielsweise an der an die Osterholzer Feldmark direkt angrenzende Planfläche 1723.

Seit der Beschlussfassung im Jahre 1998, ich wiederhole noch einmal 1998, sind weiterhin nicht alle Bauplätze veräußert. Ob Sie es wollen oder nicht, mit Ihrem Festhalten an der der Flächennutzungsplanänderung zugrunde liegenden städtebaulichen Entwicklungssatzung verhindern Sie geradezu die sinnvolle Arrondierung eines Wohngebiets, wie Sie beispielsweise vom Beirat gefordert wird.

Mit der Hereinnahme des Plangebiets 2150 in die Entwicklungssatzung, gemeint ist die Fläche östlich des Ehlersdams, wird die isolierte Fortschreibung des an dieser Stelle völlig unbestrittenen Baugebiets aus rechtlichen Gründen verhindert. In Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt Bremen muss darüber hinaus die Frage gestellt werden, wer für die unzähligen Infrastrukturkosten eines großflächigen Neubaugebiets aufkommen soll. Dabei sind nicht nur die Erstinvestitionen, sondern auch die langfristigen Unterhaltungskosten für Schulen, Kindergärten, Spielplätze und Straßen zu bedenken.

Meine Damen und Herren, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert Sie auf, die vorliegenden Planungsänderungen ganz eindeutig abzulehnen! Zudem könnte durch die Einstellung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme eine notwendige, ich sage, dringend notwendige Korrektur in der Wohnungsbaupolitik erreicht werden. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Dillmann, ich habe selten so viel Unsinn gehört,

(Beifall bei der CDU)

was über einen Bebauungsplan und einen Flächennutzungsplan gesagt worden ist, wie jetzt eben. Angefangen hat das damit, dass Sie fast jede Debatte mit dem Klimaschutz beginnen, aber dies hat etwas mit Klimaschutz zu tun, weil wir

*) Vom Redner nicht überprüft.

nämlich die Zersiedelung ins Umland mit dieser Innenverdichtung in den Ballungszentren verhindern!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie dann von dem Gegenteil sprechen, kann ich Ihnen nur sagen: Sie haben keine Ahnung, Sie haben wirklich keine Ahnung!

(Beifall bei der CDU)

Sie sprechen davon, wer die Infrastruktur bezahlen soll. Sie wissen, dass dies kein Bebauungsplan ist, dass wir nicht mehr anfangen, Wohnungen zu bauen. Außerdem haben wir eine Entwicklungsmaßnahme daraus gemacht, sodass wir genau wissen, wer sich damit beschäftigt hat. Wer so ein bisschen Ahnung von der Sache hat, weiß, dass dies aus der Entwicklungsmaßnahme heraus bezahlt wird und nicht zusätzlich vom Staat bezahlt werden muss. Das ist also ein Argument, das überhaupt nicht zählt.

Dann sprechen Sie von der sinkenden Bevölkerungszahl. Sie haben die Gutachten alle nicht gelesen. Selbst das Gewos-Gutachten, das Sie hier zitiert haben, geht davon aus, dass die Stadt Bremen eine steigende Bevölkerungszahl hat und keine sinkende, sondern dass sie nur in Bremerhaven abnehmen wird. Sie wissen auch ganz genau, dass diese langfristigen Studien, die gemacht worden sind, sich schon in den ersten 3 Jahren nicht als richtig erwiesen haben. Wir sind nämlich seit 5 Jahren eine wachsende Stadt und keine sinkende Stadt, trotz Gewos

(Beifall bei der CDU)

und trotz des demografischen Wandels!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Bevölkerungszuwachs kommt von den Studenten!)

Gerade der demografische Wandel, meine Damen und Herren, bewirkt in den Ballungszentren, dass hier die Bevölkerung nicht so schnell altert im Durchschnitt, weil in den Ballungszentren viel mehr junge Menschen wohnen und viel mehr Menschen hinkommen durch den demografischen Wandel und dass es dadurch auch weiterhin den Bedarf an Wohnungen, weiterhin den Bedarf an Wohnungseigentum und an Einfamilienhäusern gibt.

Nun steht hier überhaupt nicht darin, dass wir hier 2000 Einfamilienhäuser bauen wollen. Es gibt eine Fläche von insgesamt 220 Quadratmetern.

(Zurufe: Nein, Hektar!)

Diese 220 Hektar teilen sich erst einmal auf in 85 Hektar Landschaftspark, ungefähr die Hälfte wird Landschaftspark werden; dann gibt es 20 Hektar für Kleingärten, ungefähr 250 Kleingärten sollen im Bremer Osten nach Bedarf entwickelt werden, weil es im Osten nämlich noch Bedarf gibt an Kleingartengebieten, das sind schon 105 Hektar; dann sind 110 Hektar Bruttofläche für den Wohnungsbau vorgesehen, davon muss man aber noch 40 Hektar abziehen, weil nämlich Grün, Gewässer und Wegebeziehungen dabei sind, sodass die Nettobaulandfläche 70 Hektar beträgt, 70 Hektar von den 220, das andere ist alles für die Landschaft gedacht.

Nun haben Sie da ein Horrorszenario in die Welt gesetzt und sagen, wir verdichten und machen eine schöne Landschaft platt. Das ist erstens, wie ich Ihnen gesagt habe, nicht der Fall, und zweitens ist das stadtnahes Wohnen in der Osterholzer Feldmark. Wer sagt, das ist in der Walachei, hat keine Ahnung.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht weit weg von der Innenstadt, und das ist stadtnahes Wohnen. So etwas brauchen wir!

Ich verstehe die von Ihnen vorgebrachten Argumente nicht. Ich habe das eben auch alles widerlegt. Wir sind nicht in dem Stadium, dass wir morgen dort die Bebauung anfangen. Wir müssen aber in der Lage sein, als wachsende Stadt auf die Probleme und die Gegebenheiten, die sich daraus ergeben, reagieren zu können, und dies ist eine Maßnahme, mit der wir reagieren können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dillmann, mit der hier vorgelegten Änderung des Flächennutzungsplans wird in der Osterholzer Feldmark erst einmal kein einziger Grashalm gekrümmt. Der Flächennutzungsplan dient als vorbereitende Bauleitplanung lediglich der planerischen Vorsorge für die Schaffung von Wohnbauland. Regelrechtes Baurecht, also Baugenehmigungen, entsteht erst durch den Bauleitplan und nicht durch den Flächennutzungsplan. Es passiert also real erst ein-

* Von der Rednerin nicht überprüft.

mal nicht das Horrorszenario, das Sie hier ausgemalt haben.

Ich glaube aber im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, dass diese Vorsorge, Wohnbauland zu schaffen, trotzdem richtig ist. Alle vorliegenden Untersuchungen - Gewos, LBS - prognostizieren für Bremen eine weiter ansteigende Wohnflächennachfrage, und das ganz besonders im Einfamilienhausbau. Ich zitiere aus derselben Studie wie Sie auf Seite 45: „Die Nachfrage nach Eigenheimen wird auch in Zukunft anhalten, die Dynamik des Nachfragewachstums wird sich sicher zukünftig verringern, die eigene Immobilie wird aber weiterhin ein wichtiger Faktor der Alterssicherung sein. Insgesamt ergibt sich eine zusätzliche Nachfrage nach Wohneinheiten in Ein- und Zweifamilienhäusern von 241.000 Einheiten. Der im Land Bremen auftretende Nachfrageüberhang bis 2020 beträgt 10 Prozent des derzeitigen Bestandes an Wohneinheiten in Ein- und Zweifamilienhäusern.“

Es besteht ein Nachfrageüberhang. Der demografische Wandel führt eben nicht zu einer einbrechenden Nachfrage in diesem Segment Einfamilienhausbau. Die Haushaltsgrößen verringern sich, die Nachfrage nach der Wohnfläche insgesamt steigt, das wissen Sie auch. Wir müssen, wenn wir weiterhin den positiven Trend der Bevölkerungsentwicklung für die Stadt Bremen fortsetzen wollen, dafür vorsorgen.

Ich gebe Ihnen recht, wenn Sie sagen, dass sich die Wohnflächennachfrage ausdifferenziert, dass es auch einen Trend hin zu urbanen Angeboten gibt für Ein- und Zweipersonenhaushalte, ein Zurück in die Stadt von der grünen Wiese weg! Dem Trend tragen wir auch Rechnung, indem wir Wohnen in der Überseestadt ausweisen oder Baulücken und so weiter bebauen.

Aber das ist eben nur ein Trend, dennoch ein erfreulicher. Den anderen Trend gibt es immer noch. Junge Familien wollen gern noch in einer bestimmten Lebensphase in einem Häuschen im Grünen wohnen. Nicht jeder kann sich eben ein Loft in der Überseestadt leisten oder ein Bremer Haus im Peterswerder.

(Beifall bei der CDU)

Die Entwicklung in Borgfeld, danke, liebe Kollegen von der CDU, gibt uns da übrigens recht, die Grundstücke sind nachgefragt, der Stadtteil ist ungebrochen beliebt, und was haben wir uns seinerzeit auch gerade um diese Bebauung gestritten! Vielleicht, wenn es dann irgendwann einmal soweit ist, ist das in der Osterholzer Feldmark dann auch so, dass die Leute dahin ziehen wol-

len. Deswegen empfehle ich Zustimmung zur vorliegenden Änderung des Flächennutzungsplans!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Dillmann.

Abg. **Dillmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hier wird nun von Frau Kummer, SPD-Fraktion, gesagt, es soll eine Flächennutzungsplanänderung und im Landtag dann die Änderung des Landschaftsprogramms beschlossen werden, aber gleichzeitig wird gesagt, es wird doch sozusagen kein Grashalm gekrümmt. Dann stellt sich natürlich die Frage: Warum brauchen wir dann überhaupt die Flächennutzungsplanänderung?

Eine Flächennutzungsplanänderung, und das kennen wir, braucht vom Verfahren her nicht besonders lange. Schwieriger ist es mit der Frage von Bebauungsplänen. Da haben Sie natürlich recht, eine Aufstellung und der Abschluss eines Bebauungsplansverfahrens ist langwierig. Aber das wollen Sie ja momentan nicht, wie Sie gesagt haben, sondern es geht hier nur um die Flächennutzungsplanänderung und die Änderung des Landschaftsprogramms. Das ist relativ kurzfristig zu erreichen. Wenn Sie Ihre Worte ernst meinen und sagen, Sie wollen keinem Grashalm zu Leibe rücken, können Sie hier heute auf die Flächennutzungsplanänderung verzichten.

Dann sind Sie eingegangen auf das städtebauliche Entwicklungsgebiet und bei den gesetzlichen Grundlagen auf die Frage der Investitionen. Sicher haben Sie recht, im Rahmen der städtebaulichen Entwicklungssatzung und im Zusammenhang mit der Enteignung der Eigentümer und dem Veräußerungsgewinn ist es so, dass die Investitionen teilweise abgedeckt werden, aber es geht um die Erstinvestitionen, die abgedeckt werden. Was ist mit den langfristigen Kosten für Straßenbau, für Schulen, für Spielplätze, für Kindergärten? Sie sind nicht abgedeckt. Es geht ausschließlich um Unterhaltungskosten, Herr Imhoff, das ist hier an dieser Stelle die Frage. Es geht nicht nur um die Erstinvestition, sondern wir müssen genauso darüber nachdenken, wie es an dieser Stelle mit langfristigen Unterhaltungskosten aussieht.

Dann kommen wir zum Landschaftspark. Beim Landschaftspark wird vorgesehen, dass die Bewirtschaftung durch die Landwirte vorgenommen wird. Meinen Sie im Ernst, dass die Landwirte, die kurz vorher durch das städtebauliche Entwicklungsgebiet enteignet werden, im selben Atemzug

sich hinstellen und sagen: Wunderbar, wir pflegen Ihren Landschaftspark?

(Abg. Imhoff [CDU]: Wenn der Preis stimmt!)

Meine Informationen, die ich von vor Ort habe, die im Beirat gegeben worden sind von Anwohnern, sind, dass sie keinen Finger dafür krümmen werden an dieser Stelle, wenn sie denn enteignet worden sind, auch noch der Stadt an dieser Stelle den Hof zu machen.

Jetzt kommen Sie mit der Frage der Zersiedelung, Herr Focke. Ich denke, gerade das, was hier vorgenommen wird mit einem der letzten großen Grüngelände im Bremer Osten mit der entsprechenden herausragenden klimatischen Funktion, ist ein typisches Beispiel für Zersiedelung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Warum stellen wir uns an dieser Stelle nicht gemeinsam hin und sorgen dafür, dass die nach wie vor nicht veräußerten Bauplätze im Bebauungsplan 1723 in Osterholz veräußert werden? Warum stellen wir uns nicht gemeinsam hin, damit der Bebauungsplan 2150, den Sie in die Entwicklungssatzung hineingenommen haben, gemeinsam geplant wird, damit endlich diese Grundstücke auch veräußert werden können? Stattdessen wird das alles in ein großes Entwicklungsgebiet hineingegossen, und Sie verhindern damit geradezu die Bebauung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt noch ein Wort zur Frage des Bedarfs! Ich habe eben schon in Bezug auf den 1723 darauf hingewiesen. Die Bundesregierung hat aus meiner Sicht an einer Stelle eine richtige Entscheidung getroffen, um Zersiedelung zu verhindern. Sie hat nämlich die Eigenheimzulage abgeschafft. Das hat auch hier in Bremen ganz konkret Auswirkung auf die Nachfrage nach zusätzlich neu gebauten Einfamilienhäusern. Ich glaube, hier müssten Sie auch dem Rechnung tragen, dass die Nachfrage tatsächlich nicht mehr in dieser Form gegeben ist. Von daher gehen Sie auf aktuelle Situationen ein, sagen ganz deutlich an dieser Stelle, was Sie von der SPD-Fraktion gehört haben, Sie wollen keinen Grashalm krümmen. Dann können Sie auf die Flächennutzungsplanänderung verzichten. Ich fordere Sie dazu auf! - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke (CDU)*):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dillmann, ich habe eigentlich keine Lust, mich mit Ihnen zu streiten, aber so geht es einfach nicht. Sie müssen nur einmal die Zahlen der Institute, die sich damit wirklich befassen, auch dann wirklich richtig durchlesen. Da ist festgehalten, dass es in der Region Bremen, dazu gehören Osterholz, Rotenburg, Verden, Diepholz, Oldenburg, Wesermarsch, Delmenhorst, zu einer Zunahme der Bevölkerung in den nächsten 10 Jahren um rund 35.000 Personen kommen wird.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Dieter, er glaubt das sowieso nicht!)

Er glaubt es nicht, aber man muss es ihm noch einmal erzählen, damit er auch begreift, was für Unsinn er hier spricht!

Danach werden wir 43.500 mehr neue Haushalte haben. Ich kann Ihnen sagen, ich habe die Leute lieber hier als da irgendwo in der Umgebung,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

denn erstens bringen sie Geld, und zweitens sind sie gegen den Klimaschutz also praktisch eine Waffe, indem sie hier wesentlich weniger verbrauchen, als wenn sie hier durch Pendelverkehr die Luft verpesten würden.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das muss man einfach noch einmal festhalten, und da können Sie sich nicht hier hinstellen, wie ein Blinder von der Farbe reden! Die Angelegenheit ist wirklich zu ernst! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dillmann, wenn Sie schon den Studien, aus denen Sie selbst zitieren, ansonsten nicht glauben, vielleicht glauben Sie ja das, was wir in letzten 10 Jahren in Bremen realisiert haben. Wir haben in den letzten 10 Jahren durchschnittlich jährlich 470 Wohneinheiten im Eigenheimbau realisieren können. Wir haben in Bremen anders als im ländlichen Raum überhaupt keine Leerstände, was diese Eigenheime angeht.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Was glauben Sie denn eigentlich, wo die Menschen geblieben wären, die sich diese 470 Eigenheime jährlich in Bremen zugelegt haben in der Familiengründungsphase? Sie wären natürlich ins Umland gezogen. Sie hätten natürlich einen Beitrag zur Suburbanisierung geleistet, sie hätten eine Abstimmung mit Füßen gemacht, weil die Menschen bezahlbaren eigenen Eigenheimwohnraum suchen, und zwar möglichst da, wo sie arbeiten, und das ist auch gut so.

Wir wollen nicht die Menschen zwingen, die hier in Bremen arbeiten, ihre Steuergelder woanders im Rahmen der Steuererlegung zu zahlen. Wir wollen, dass im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und der Einwohnerwertung die Einwohner tatsächlich auch mit den 3000 Euro, die sie bekommen in der Einwohnerwertung, auch Bremen zugerechnet werden, und wir wollen, dass Bremen auch in Zukunft eine wachsende Stadt bleibt. Das Gleiche gilt übrigens auch für Bremerhaven.

Die Realität ist, dass wir in der Stadtgemeinde Bremen seit dem Jahr 2000 jährlich steigende Wachstumswahlen, was die Einwohnerzahlen anbelangt, haben, dass wir in Bremerhaven in diesem Jahr das erste Mal auch wachsende Einwohnerzahlen haben und dass anders als in den Gutachten die Realität so ist, dass wir eine wachsende Stadt sind. Ich sage Ihnen, wir wachsen an den Achsen, wir sind gegen eine Suburbanisierung, wir sind dagegen, dass die Leute hinausgedrängt werden.

Wir schauen da, wo es eine vernünftige Infrastruktur gibt. Zur Infrastruktur gehört die Versorgung mit Lebensmitteln, dazu gehört eine ärztliche Versorgung, dazu gehört eine Verkehrsinfrastruktur, dazu gehört eine Straßenbahn. Alles dies haben wir, und deswegen ist das eine Innenverdichtung. Eine Innenverdichtung ist genau das, was man braucht, um eine vernünftige Siedlungsentwicklung durchzuführen, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, möglichst nah an ihren Arbeitsplätzen auch tatsächlich Wohnen zu realisieren.

Wer das nicht möchte, muss ehrlicherweise sagen, dass die Leute woanders ihren Wohnraum realisieren werden, sie werden hinausgehen, sie werden zusätzlichen Verkehr produzieren. Ich bitte Sie, einfach doch noch einmal darüber nachzudenken, ob das ernsthaft ein Wunsch gerade vom Bündnis 90/Die Grünen sein kann! Ich glaube, gerade wenn man den Klimaschutz sehr wichtig nimmt, und das sollten wir alle machen, dann muss man einen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen, die in Bremen arbeiten, auch eine Chance haben, in Bremen wohnen zu können.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Was den demografischen Wandel anbetrifft, gibt es hier tatsächlich eine ganz interessante Entwicklung. Nicht nur Bremen ist eine wachsende Stadt, wir haben eine deutliche Tendenz in der Bundesrepublik Deutschland - eine Renaissance der Großstädte. Die Menschen wollen zurück in die Kernstädte, im Übrigen auch Menschen, die in den 70er, 80er Jahren in der Familiengründungsphase in Bremen keine Grundstücke gefunden hatten, die hinausgezogen sind nach Oytten, nach Weyhe, nach Stuhr oder nach Lilienthal, die jetzt, da sie älter werden, zurückziehen möchten in vernünftig erschlossene Siedlungsgebiete, wo sie eine gute ärztliche Versorgung vorfinden, wo es eine gute Nahversorgung gibt und wo man sich eine Kultur leistet, die auch etwas damit zu tun hat, dass man Lebensqualität, dass man Urbanität wahrnimmt. Das ist doch die Stärke der Stadt, und diese Stärke, lieber Herr Dillmann, sollten wir doch auch als Stadt Bremen entsprechend ausnutzen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es hat überhaupt nichts damit zu tun, dass wir ein sehr ausdifferenziertes Angebot an Wohnformen benötigen. Wir wollen die Menschen auch in die Überseestadt bringen, wir wollen Stadtvillen auf dem Stadtwerder haben, wir wollen, dass man gerade generationengerechte Adressen schafft, wo man alte und junge Menschen in ganz neuen Wohnformen, auch neuen Beteiligungsformen miteinander unter ein Dach bringt. Das sind alles ganz viele Angebotsformen, und wir können doch nicht die Familien, die lieber in einer Reihensiedlung wohnen wollen, zwingen, sich auch in diesen Angebotsformen zu finden. Das wäre Dirigismus. Wir brauchen für alle Nachfrageformen auch in Bremen, in einer Großstadt, für die Menschen, die hier arbeiten, entsprechende Angebote, und nichts anderes ist das, was wir heute beschreiben.

470 Einheiten werden jährlich abgefragt, umgebaut, realisiert. Wir reden hier, wenn es denn so kommt, am Ende nicht nur über einen Flächennutzungsplan, es ist bereits gesagt worden, es geht nicht nur um Wohnen, es geht auch um die Zurverfügungstellung von Kleingartenflächen, es geht auch um einen Landschaftspark, aber Sie können sich ausrechnen, wie lange das reicht. Bremen ist endlich, wir haben nicht unendlich Flächen wie das Umland, und infolgedessen sage ich Ihnen ganz offen: Überwinden Sie sich, geben Sie Ihren alten Widerstand auf, und sehen Sie einfach ein, dass wir recht haben! - Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Plan zur Fünften Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Blockland-Deponie als Standort für Erneuerbare Energien nutzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Juni 2006
(Drucksache 16/566 S)

Wir verbinden hiermit:

Blockland-Deponie als Standort für Erneuerbare Energien nutzen

Mitteilung des Senats vom 6. März 2007
(Drucksache 16/672 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Neumeyer.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Juni 2006 ist von der Stadtbürgerschaft in ihrer 37. Sitzung am 19. September 2006 an die städtische Deputation für Umwelt und Energie überwiesen worden. Diese legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 16/672 S ihren Bericht dazu vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Beschlussvorschlag, den Sie ja in der jetzt auch zur Debatte stehenden Senatsmitteilung finden, entspricht im Wesentlichen dem Antrag der Grünen vom September 2006. Er besagt, dass man die Potenziale der Blockland-Deponie nutzen soll, um regenerativ erzeugten Strom beziehungsweise Gas herzustellen, das heißt hier: Windkraftanlagen aufbauen, eine Biomasseanlage dort installieren und auch Energie aus der Sonne nutzen.

Wie gesagt, das ist im Wesentlichen unser grüner Antrag, sodass ich unseren Antrag an dieser Stelle zurücknehmen kann, was ich hiermit mache, Herr Präsident.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nett vonseiten der SPD, das sind heute sowieso ganz ungewohnte Konstellationen, die sich herausbilden, aber wir schauen einmal! Man merkt, in welcher Zeit wir uns befinden mit der Wahl am 13. Mai vor Augen.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das haben wir ernst gemeint, was in der Zeitung stand!)

Meine Damen und Herren, Hintergrund und Ziel unseres Antrags ist natürlich einerseits, ich meine, das liegt auf der Hand, zum Klimaschutz beizutragen, Ziel ist aber auch, den Eigenbetrieb Bremer Entsorgungsbetriebe zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Beides kann man eben mit dem entsprechenden Ausbau der regenerativen Erzeugung auch erreichen. Ich will jetzt nicht auf weitere Details eingehen, weil wir das ja ausführlich auch in der Umweltdeputation besprochen haben, und ich glaube, daran kann man sich dann orientieren oder daran, was in der Senatsmitteilung formuliert ist. Die Grünen werden das Thema sicherlich auch weiterverfolgen.

Ich möchte aber an dieser Stelle noch einmal auf die Dringlichkeit hinweisen, die Dringlichkeit nämlich aufgrund des Klimawandels. Da hat es mich eben ein bisschen geärgert, wie Herr Focke in der vorangegangenen Debatte meinte überall Klimawandel. Offensichtlich ist in diesem Haus bei einigen Teilen noch nicht angekommen, in welcher katastrophalen oder auch auf die Katastrophe zusteuernden Situation wir uns befinden aufgrund der Treibhausgasemissionen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eigentlich ist es umso bedauerlicher, dass es vor allem die CDU ist, die eigentlich aus ihren Reihen ein gutes Vorbild hat, ich nenne hier nur Herrn Töpfer und genau diesen Punkt, auf den möchte ich nämlich noch einmal abheben, den er letztlich auch noch einmal ganz klar dargestellt hat, weil im Moment mich die Diskussion, die auch öffentlich geführt wird, ärgert, weil der Autofahrer sagt, nicht bei mir, und bei der Blockland-Deponie hat man auch nicht den Eindruck, dass es so eilig ist. Es gibt also ganz viele, die immer sagen: Das macht doch nur so ein bisschen, Glühbirnen auswechseln, das macht auch nur so ein bisschen, was auch nicht das Entscheidende ist.

Natürlich brauchen wir ganz viele Maßnahmen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und es ist ein radikales Umdenken erforderlich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da müssen wir nicht diskutieren, wir brauchen Maßnahmen in Bremen, in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt! Wir brauchen Maßnahmen im Verkehr, über Wärmedämmung bis hin zum Ausbau der regenerativen Energien. In diesen Kontext bettet sich der Antrag ein, den Sie hier mittragen seitens der Großen Koalition. Er ist in der Tat, wenn es wieder Widerstände gibt, hilfreich.

Herr Senator Neumeyer, in bestimmten Teilen gibt es Widerstände, sonst wäre schon viel mehr realisiert, auch bei den fiskalischen oder wirtschaftlichen Vorteilen, die sich zum Beispiel bieten bei der Erzeugung von Gas aus Biomasse. Da gebe ich Ihnen gern mit auf den Weg: Machen Sie deutlich, jeder Einzelne, jede Einzelne, jedes Land, jegliche Nation, aber auch jeder Teil, der dazu beiträgt, dass wir umsteuern, um die Klimakatastrophe zu verhindern, ist wichtig! In diesem Sinne bedanke ich mich für die Zustimmung und hoffe, dass auch hier das Haus diesen Beschlussvorschlag einstimmig unterstützt. Das ist doch etwas Schönes einmal!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Mathes, wenn Sie sagen, bei Herrn Focke wäre das noch nicht ganz angekommen, dass der Klimawandel wichtig ist, dann muss ich Ihnen widersprechen. In den letzten 12 Jahren, in denen wir hier in der Regierung sitzen, haben wir eine ganze Menge gemacht, ob es das Landesenergieprogramm ist, ob es ein Wasserkraftwerk, das jetzt kurz vor dem Abschluss steht, ist, ob es die Solardachbörse ist, ob es die Flächennutzungsplanänderung für Windkraftanlagen, Windkraftanlagen schlechthin, oder die Industrieparks für Windparks in Bremerhaven sind! Wir haben eine ganze Menge gemacht, und wir machen noch mehr.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Ich denke, in den letzten 12 Jahren ist hier viel passiert, und auch das müssen Sie zur Kenntnis nehmen! Insofern haben wir das alles auch natürlich im Kontext des Klimawandels gemacht. Das machen wir nicht, weil wir sonst nichts zu tun haben, sondern weil wir uns natürlich auch der Problematik bewusst sind. Insofern haben auch Herr Focke und die CDU und, ich glaube, alle anderen auch hier gut verstanden, worum es geht, und wir kümmern uns auch weiterhin.

(Beifall bei der CDU)

Wir von der CDU-Fraktion sagen, die BEB sind ein Eigenbetrieb, oder anders gesagt, die BEB können nur regenerative Energieerzeugung stattfinden lassen, wenn es nicht zulasten der Gebührenzahler geht, weil die BEB natürlich auch für die Abfallgebühren zuständig sind. Das ist unsere Prämisse!

Ich bin mir ganz sicher, auch wenn wir schon lange darüber diskutiert haben, ob das hier auf der Blockland-Deponie kommt oder nicht kommt, in nächster Zukunft wird es regenerative Energieerzeugung auf der Blockland-Deponie geben. Das werden wir ganz schnell erleben, und dann sind wir auch alle zufrieden, dass wir einen weiteren Punkt zum Thema Klimawandel hier abgearbeitet haben. Wenn es nicht die BEB unter wirtschaftlichen Voraussetzungen machen können, so können es ja vielleicht private Investoren. Da sind wir ganz offen!

Nun komme ich noch einmal kurz zum Beschlussvorschlag: Ihr Beschlussvorschlag, den Sie ja damals eingereicht hatten, sah so aus, dass wir sofort umsetzen. Der Beschlussvorschlag ist nur insofern abgeändert worden, dass wir gesagt haben, dass es unter Wahrung des Prinzips der Gebührenneutralität gemacht werden soll. Insofern, denke ich, ist der Antrag gut, und wir alle werden den Antrag hier beschließen, weil wir uns alle weiter um die Sachen kümmern. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann die ganze Aufregung nicht richtig verstehen, weil wir uns einmal einig sind! Das ist doch ein wirklich versöhnlicher

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Abschluss dieser heute stattfindenden Stadtbürgerschaft. Ich kann eigentlich alles nur wiederholen: Wir sind uns darüber einig, dass die regenerativen Energien für die Blocklanddeponie absolut sinnvoll sind.

Ich hoffe sehr, und an der Stelle mache ich mir auch ein bisschen Sorgen, weil es ja offensichtlich doch ein paar Probleme gibt, was Windkraft und auch Biogas betrifft, das ist alles noch nicht so ganz geklärt, ob überhaupt und in welcher Form bei Windkraft zum Beispiel die Umsetzung erfolgen soll. Ich denke, dass ich auch für alle sprechen kann, wenn ich den Wunsch äußere, dass wir eben nicht als Bettvorleger enden, wo wir doch als Tiger gestartet sind. Darauf werden wir in der Deputation für Umwelt auch sicherlich schauen. In diesem Sinne schließe ich mich den Vorrednern an. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, ich will es auch versöhnlich machen. Ich bedanke mich sehr bei allen Fraktionen des Hauses, dass sie dem Thema „Regenerative Energien“ hier auch die entsprechende Bedeutung zumessen, die nicht zuletzt durch die aktuelle Diskussion zum Klimawandel, glaube ich, allen klar ist.

Wir müssen zusehen, dass wir an allen Standorten in Bremen, die geeignet sind, der Förderung von regenerativen Energien Raum geben und das entsprechend ausnutzen. Ein Standort in diesem Zusammenhang ist der Müllberg, über den wir reden. Es gibt da sehr konkrete Überlegungen, die zum Teil seit den Neunzigerjahren schon untersucht werden, die aber mit veränderten gesetzlichen Handlungsrahmen jetzt eine neue Qualität und eine neue Chance auf Realisierung bekommen haben.

Wir sind zurzeit dabei, das Thema „Zweite Ausbaustufe der Windkraftanlagen“ umzusetzen. Die Bürgerschaft hat auch dies einstimmig beschlossen. In dem Zusammenhang sind auch ein oder zwei Standorte auf dem Müllberg geprüft worden. Diese sind aus sehr unterschiedlichen Gründen nicht sehr kurzfristig zu realisieren gewesen, unter anderem, weil wir nebenan Kaisen-Haus-Bewohner haben und weil nebenan eine Kleingartanlage ist, aber das heißt nicht, dass deswegen die Perspektive für die absehbare Zeit, was die Realisierung von Windkraftanlagen dort anbelangt, außen vor ist.

Das Thema „Biomasse“ ist auch von möglichen privaten Betreibern bereits untersucht worden, und zwar vor der neuen EEG-Novelle. Das Thema ist seinerzeit offensichtlich als nicht wirtschaftlich eingestuft worden. Ich glaube, heute kann man das anders sehen. Es gibt heute eine gute Perspektive, wenn man in eine erneute Prüfung eintritt, tatsächlich nicht nur etwas Vernünftiges gegen den CO₂-Ausstoß zu tun, sondern sich auch tatsächlich wirtschaftlich vernünftig zu verhalten. Ganz konkret wird zurzeit die Überlegung angestellt, ob man Fotovoltaik am Südhang flächig installieren kann. Auch dazu gibt es sehr positive Anzeichen für das Ergebnis der Prüfung, dass man das tatsächlich realisieren können wird.

Insofern freue ich mich auf die Diskussion in der Deputation. Ich hoffe, dass wir dann jeweils auch Fortschrittsberichte geben können. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/566 ist inzwischen vom Antragssteller zurückgezogen worden.

Ich lasse jetzt über die in der Mitteilung des Senats enthaltene Beschlussempfehlung der städtischen Deputation für Umwelt und Energie abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerstadt stimmt der Beschlussempfehlung zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 13. März 2007
(Drucksache 16/674 S)

Meine Damen und Herren, der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.20 Uhr)